



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 6
Dienstag, 1. April 2008
17:02 - 19:54 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 16.04.08 (Zirkulationsweg)

Vorsitz:	Thomas Hauser	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Paul Dill Wilhelm Hefti	SVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 44 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Hanna Meister Martin Roost Rainer Schmidig Alfred Tappolet Edgar Zehnder	SP parteilos, OeBS EVP SVP SVP
Anfang der Sitzung:	SR Veronika Heller Josef Eugster Michael Gurrath Simon Stocker	Finanzreferentin SVP SP AL
Schluss der Sitzung:	SR Peter Kämpfer Martin Egger	Baureferent FDP

BEHANDELTE TRAKTANDEN

1	Postulat Christoph Lenz (AL)/Oliver Mank (SVP): “Energierstadt Schaffhausen - vermehrte Nutzung der Photovoltaik”	Seite 166
2	Motion Christa Flückiger (SP): Schulsozialarbeit „flächendeckend in der Stadt Schaffhausen“	Seite 182

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz (<i>Rückweisung in die SPK 04.03.08</i>)	SPK
18.09.07	VdSR Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit (gemäss Stadtrat sistiert mit Datum 21.11.07)	SPK
16.10.07	VdSR Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge des Stadtrates	SPK
29.10.07	Postulat Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2 emissionsarme Beleuchtung	
04.12.07	Interpellation Walter Hotz (FDP): Massnahmen und zukünftige Wirtschaftspolitik der Stadt Schaffhausen nach Wegfall Lex Bonny (Bonny-Beschluss)	
04.12.07	VdSR Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen	SPK
14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12.02.08	Postulat Daniel Preisig (JSVP): Krippensubvention: Schluss mit der Diskriminierung der klassischen Familie!	
12.02.08	Motion Urs Tanner (SP): Ökologische Revision der Rahmentarife für Strom	
19.02.08	Postulat Dr. Raphaël Rohner (FDP): Schaffhauser Busbetriebe aus einer Hand	
01.03.08	Interpellation Peter Möller (SP): Verselbständigung KSD; Einbezug des Parlamentes in den Prozess	
11.03.08	Postulat Walter Hotz (FDP): Ausbau des öffentlichen Verkehrs der VBSh (Verkehrsbetriebe der Stadt Schaffhausen)	
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	SPK
01.04.08	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPk

2008 Kleine Anfragen:

3	Walter Hotz (FDP)	Finanzielle Führung der städtischen Verwaltung/Umsetzung der Personalgesetzrevision/Rekrutierung von Personal/Besetzung von Kaderstellen	10.01.08
4	Walter Hotz (FDP)	Kulturmanagement/Skulptur „IVS Kernstück Schauweckerwiese“	
5	Urs Tanner (SP)	Unterstadt 2009/Citymärt 2010 am Rhein auf der Rheinuferstrasse	20.02.08
6	Oliver Mank (SVP)	„Erleichterte Einbürgerung in Schaffhausen – ein Verwaltungsakt ohne Risiko auf Ablehnung (Teil 2)?“	18.03.08
7	Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)	Solarbus/Das Ei des Kolumbus im Trolleybusstreit?	26.02.08
8	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Bauland für gehobene Ansprüche – ein seit mehr als zwei Jahren nicht erfüllter Auftrag	01.04.08

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 Postulat Christoph Lenz (AL)/Oliver Mank (SVP):
„Energienstadt Schaffhausen – vermehrte Nutzung der
Photovoltaik“**

Das Postulat wird von den Postulanten Christoph Lenz (AL) und Oliver Mank (SVP) begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat ausführlich diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit **17 : 13 Stimmen** nicht erheblich.

**Traktandum 2 Motion Christa Flückiger (SP): Schulsozialarbeit
„flächendeckend in der Stadt Schaffhausen“**

Die Motion wird von der Motionärin Christa Flückiger (SP) begründet, von SR Thomas Feuerer und SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat ausführlich diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit dem abgeänderten Wortlaut „Bedarfsgerechte Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen“ mit **21 : 17 Stimmen** erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 6 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

Speziell erwähnt der Ratspräsident die vom Stadtrat als Nachfolgerin des zurückgetretenen Grossstadtrates Rolf Amstad (SP) gewählte Hanna Meister (SP). Sie hat sich allerdings für ihre heutige erste Ratssitzung wegen einer Weiterbildung entschuldigt.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage Nr. 6/2008 Oliver Mank (SVP): „Erleichterte Einbürgerung in Schaffhausen – ein Verwaltungsakt ohne Risiko auf Ablehnung (Teil 2)“ vom 18.03.08
- Kleine Anfrage Nr. 7/2008 Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP): Solarbus/Das Ei des Kolumbus im Trolleybusstreit? vom 26.03.08
- VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat vom 12./18. März 2008. Das Büro schlägt eine 13-er SPK vor, einladende Partei SP/AL-Fraktion. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Unterlagen vom 27.03.08 aus der SPK-Parlamentsreform/Peter Neukomm (SP): Entwurf Geschäftsordnung zur Stellungnahme. Die Fraktionen sind aufgefordert, diesen Entwurf zu prüfen und Stellung bis zur nächsten Kommissionssitzung zu nehmen.

- VdSR Bericht über die hängigen Motionen vom 01.04.08. Diese Vorlage wird usanzgemäss der GPK zur Vorberatung zugewiesen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Aktualisiertes Mitgliederverzeichnis Grosser Stadtrat
- Tätigkeitsbericht 2006/2007 "10 Jahre Etawatt 1997 bis 2007"

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft:

Der SPK-Präsident Dr. Raphaël Rohner (FDP) meldet die VdSR Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen vom 04.12.07 verhandlungsbereit. Das Geschäft erscheint auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung.

Mitteilung des Ratspräsidenten:

Der Ratspräsident erinnert an das Radkriterium vom 15. Juni 2008 auf der Breite. Zurzeit besteht die Mannschaft aus vier Personen: Lotti Winzeler, Martin Egger, Werner Schöni, Walter Hotz. Wird noch ein Name genannt, ist eine Mannschaft komplett, werden sechs Namen genannt, sind es zwei Mannschaften.

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 4/5 vom 18.03.08 gab mehr Arbeit als üblich. Es wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Aus technischen Gründen liegt es heute nicht bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsichtnahme auf. Es wird aber im Laufe dieser Woche im Internet publiziert.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 Postulat Christoph Lenz (AL)/Oliver Mank (SVP):
"Energienstadt Schaffhausen - vermehrte Nutzung der
Photovoltaik"**

Christoph Lenz (AL)**Begründung**

"Das Postulat "Energienstadt Schaffhausen - vermehrte Nutzung der Photovoltaik" sollte die Stadt Schaffhausen für die energietechnischen Herausforderungen der Zukunft fit machen. Sie alle wissen, dass das Öl dereinst zur Neige geht, sei es in zwanzig oder fünfzig Jahren; wir wissen es nicht genau. Das Einzige, was wir zurzeit wissen, ist, dass sich der Preis für diesen Rohstoff - und die daraus raffinierten Produkte wie Benzin, Kerosin und Heizöl - in den letzten Jahren stark erhöht hat.

Weil wir ein weitsichtiges Parlament sind, haben wir an dieser Stelle auch schon mehrfach über mögliche Lösungen dieser Energielücke und insbesondere auch über mögliche Ansätze für die Stadt Schaffhausen beraten. Es ist aber nicht mehr notwendig, dass wir hier nochmals über den Klimawandel diskutieren.

Heute müssen wir stattdessen entscheiden, ob sich eine Investition in Photovoltaikanlagen für diese Stadt lohnt. Ohne der Debatte vorgreifen zu wollen, glaube ich, dass wir diese Frage heute mit einem Ja beantworten werden; und das, obwohl es ja nicht gerade ein einfaches Feigenblatt ist, was Oliver Mank und ich in unserem

Postulat fordern. Das Postulat fordert die Investition von mindestens 1 Mio. Franken in Solarzellen zur Energiegewinnung, pro Jahr, wohlgemerkt, und auf die nächsten fünf Jahre hinaus. Das ergibt, Zinsen inklusive, eine Gesamtinvestitionssumme von sicher mindestens 6 Mio. Franken. Warum also sollen wir diese Investition auf uns nehmen?

Der erste Grund ist ziemlich banal: es lohnt sich. Wer die Beratungen des neuen Energiegesetzes in den eidgenössischen Räten mitverfolgt hat, weiss, dass die Stromanbieter – in unserem Fall die Axpo – durch das neue Energiegesetz verpflichtet werden, den Erzeugern den Solarstrom zu einem Preis abzukaufen, der eine Amortisierung der Solaranlagen innert rund 20 Jahren erlaubt.

Wenn wir jetzt wie die Universität Düsseldorf von einer durchschnittlichen Lebensdauer eines Solarpanels von 25 bis 30 Jahren ausgehen, dann heisst das, dass wir in den darauf folgenden 5 bis 10 Jahren sogar noch eine finanzielle Rendite auf dem Betrieb der Solaranlagen haben. Natürlich ist in dieser einfachen "Milchbüchleinrechnung" nicht berücksichtigt, dass die Solaranlagen auch Kosten verursachen, wie Wartung und Reparaturen. Die Erfahrungswerte zeigen aber, dass sich diese Kosten in einem verantwortbaren Rahmen bewegen, sodass sich die Investitionen rein wirtschaftlich lohnen. Den ökologischen Nutzen habe ich bisher ausgespart.

Dass Photovoltaikanlagen kein Exotikum mehr sind, zeigt sich auch daran, dass einige von uns Grossstadträten bereits selbst Solarstrom erzeugen. Ein «Ratsgshpänli» von uns war 2002 sogar der grösste private Solarstromproduzent in der ganzen Schweiz. Das verdient Anerkennung. Ich hoffe, dass auch die Stadt Schaffhausen in diese Richtung gehen wird.

Entgegen der gängigen Annahme, dass es in Schaffhausen eine sehr lange Nebelzeit hat und deswegen die meteorologischen Bedingungen schlecht sind, hat Schaffhausen sehr gute Voraussetzungen. Wir haben in guten Jahren bis zu 180 Sonnentage pro Jahr; dies bringt uns eine Energie, die man besser als nur zum Wärmen der Äcker und Gemüter verwenden könnte; sie könnte mit Solaranlagen nutzbar gemacht werden.

Heinrich Moser würde heute vermutlich dasselbe sagen. Er hat vor 150 Jahren den träge und langweilig durch die Stadt Schaffhausen fliessenden Rhein genutzt. Ich weiss nicht, in welcher Partei Heinrich Moser war, zur AL gehörte er mit Sicherheit nicht. Einer wie er würde heute Abend diesem Postulat zustimmen, weil er den wirtschaftlichen Nutzen für die Stadt Schaffhausen erkannt hätte.

Der dritte Grund für die Überweisung dieses Postulats ist eher praktischer Natur. Wenn ich im Zug von Zürich nach Schaffhausen zur Ratssitzung fahre, will ich bei Jestetten und Lotstetten nicht mehr neidvoll auf die mit Solarpanels gesäumten Dächer schielen und denken: In Lotstetten hat die Energiezukunft der Photovoltaik schon angefangen.

Lassen Sie uns heute einen Schritt machen, in Richtung eines Schaffhausens, das sich mit sauberer Energie versorgt. Ich hoffe, dass Sie dem Postulat zustimmen werden. Auskunft über genaue Berechnungen der Energiemenge aus den ungefähr 5 Millionen Franken wird Ihnen Oliver Mank anschliessend geben. "

Oliver Mank (SVP)**Begründung**

„Im Vorfeld hat dieser Vorstoss doch für einiges Aufsehen gesorgt, da nicht so einfach ersichtlich ist, was Grossstadtrat Christoph Lenz und mich bei diesem Thema verbindet. Photovoltaik hat aber etwas Faszinierendes, ermöglicht sie doch jedem Haushalt seine elektrische Energie mehr oder weniger selber zu produzieren. Man verringert damit die Abhängigkeit von fremden Mächten, beziehungsweise Energie- und Rohstofflieferanten. Und da schliesst sich zumindest für mich auch der Kreis zur SVP und ihrer Politik. Wie bereits von Christoph Lenz angekündigt, werde ich in meinem Referat über das Energiegesetz, die Finanzierung und technische Umsetzung unseres Postulates sprechen.“

2007 hat sich im Bereich alternative Energien in der Schweiz einiges stark verändert und nachdem das nationale Parlament für viele vielleicht etwas überraschend im neuen Energiegesetz eine kostendeckende Einspeisevergütung für die umweltfreundliche Stromproduktion beschlossen hat, werden jährliche Fördermittel von Fr. 320 Mio. zur Verfügung gestellt. Der Verteilschlüssel ist relativ kompliziert; es ist davon auszugehen, dass gegen 50%, also etwa Fr. 160 Mio. jährlich, in die Subventionierung von Photovoltaik Anlagen fliessen werden. Die durch die Finanzierung der Einspeisevergütung entstehenden Mehrkosten belasten die Endverbraucher mit maximal 0.6 Rappen pro kWh bezogenen Strom.

Die Bestimmungen über die kostendeckende Einspeisevergütung treten am 1. Januar 2009 in Kraft. Die Anmeldung für solche Anlagen wird voraussichtlich ab Mai 2008 möglich sein. Wenn sich der Stadtrat also nach der Überweisung mit der Umsetzung beeilt, werden wir von Anfang an von diesen Subventionen und damit maximal profitieren können. Der beschlossene Förderplafond ist zwar grosszügig bemessen, aber nicht unendlich. Belohnt werden vor allem die, welche ihre Projekte zügig umsetzen.

Bei der angestrebten Investition von 5 Mio. Franken innert 5 Jahren dürften mit der im Energiegesetz festgeschriebenen kostendeckenden Rückerstattung Erträge in der Höhe von etwa Fr. 400'000.-- pro Jahr anfallen, vertraglich garantiert auf 20 Jahre. Die Unterhaltskosten sind bei Photovoltaikanlagen relativ gering. Für ein Anlagenvolumen von dieser Grösse dürften sie deutlich unter Fr. 100'000.-- pro Jahr liegen. Der Nettoertrag liegt also mit grosser Wahrscheinlichkeit bei weit über Fr. 300'000.-- pro Jahr. Bei einer erwarteten Lebensdauer von mindestens 30 Jahren kann damit diese Investition mit Sicherheit amortisiert werden und ist somit kostenneutral für den Steuerzahler.

Die solare Strahlung ist sehr energiereich und beträgt in unseren Breitengraden im Sommer 1000 Watt pro Quadratmeter. Auf dem Gebiet der Schweiz verteilt sich die jährliche Sonneneinstrahlung auf horizontalen Flächen gemäss den Daten von Meteonorm zwischen 1000 und 1500 kWh/m² und Jahr.

In sehr sonnenreichen Weltgegenden, beispielsweise in Nordafrika, wird eine jährliche globale Einstrahlung auf horizontalen Flächen von bis zu 3000 kWh/m² erreicht, was fast dem doppelten der Höchstwerte in der Schweiz entspricht. Da der Wirkungsgrad einer Photovoltaikanlage aber auch stark von der Umgebungstemperatur abhängig ist (je höher desto schlechter), produziert eine Anlage in Nordafrika keinesfalls die doppelte Menge Strom. So gesehen sind auch Standorte in der Schweiz für die Solarstromproduktion nicht unideal.

Die Leistung einer Photovoltaik Anlage wird in kWPeak angegeben. 1 kWPeak

Leistung benötigt knapp 8m² Panel Fläche, produziert etwa 1000 kWh Strom pro Jahr und erfordert eine Investition von etwa Fr. 8000.--. Somit könnten wir bei Umsetzung unseres Anliegens – eine Überweisung des Postulats vorausgesetzt - pro Jahr mindestens 125 kWPeak Leistung installieren und damit mindestens 125'000 kWh Strom produzieren, nach 5 Jahren im Vollausbau also etwa 625'000 kWh pro Jahr. Insgesamt benötigen wir dafür schätzungsweise etwa 5000 m² Fläche. Sollten städtische Liegenschaften nicht über die erforderliche Mengen geeigneter Flächen verfügen, ist es für den Stadtrat sicher kein Problem in der Zusammenarbeit mit Dritten weitere Flächen zu organisieren. So wie man letzten Samstag in den Schaffhauser Nachrichten lesen konnte, haben die Städtischen Werke bereits 4000 m² Dachfläche auf dem geplanten FCS-Park reservieren lassen.

Zu teuer und zu wenig effizient sind Kritikpunkte, die man häufig hört. Die Photovoltaik hat sich in den letzten Jahren sehr stark entwickelt. Waren vor 10 Jahren noch Gestehungskosten von Fr. 1.20 pro Kilowattstunde erzeugtem Strom üblich, liegen diese heute bei weniger als 70 Rp. pro kWh. Stromerzeugungskosten von weniger als 50 Rp. werden aufgrund der grösseren Produktionskapazitäten demnächst erreicht werden.

Photovoltaikenergie wird billiger, die meisten anderen Energieträger teurer. Ich erinnere da an das Öl, das sich allein in den letzten Monaten im Preis mehr als verdoppelt hat; dies wurde bereits von Christoph Lenz erwähnt. Die weitere Steigerung der Energiepreise und die nun weltweit einsetzende Förderung der Photovoltaik werden dazu führen, dass solche Anlagen in einigen Jahren durchaus auch wirtschaftlich konkurrenzfähig Strom produzieren werden. Ökologisch sinnvoll sind sie aber schon heute.

Wir freuen uns nun auf eine interessante Diskussion und hoffen natürlich, dass der Funke auch auf den Stadtrat übergesprungen ist und dieser bei einer Überweisung des Postulats dem Ruf der Energiestadt Schaffhausen gerecht wird und die Forderungen des Postulats zügig umsetzt. “

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, hält fest, dass sich die heutige Diskussion auf das mit Datum 18.03.08 neu formulierte Postulat bezieht.

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”Das neu formulierte Postulat vom 18.03.08 ist mir persönlich nicht bekannt. Es enthält offenbar keine grundlegenden Änderungen, weil es eine Million Franken Investitionen in Photovoltaikanlagen für städtische Liegenschaften fordert. Deshalb kann ich meine vorgesehene Antwort wie geplant abgeben.

Gemäss Postulat wird der Stadtrat aufgefordert während fünf Jahren einen Betrag in der Höhe von 1 Mio. Franken pro Jahr in auf städtische Liegenschaften zu installierende Photovoltaikanlagen zu investieren.

Der Stadtrat nimmt dazu wie folgt Stellung:

In aller Kürze: Die Stossrichtung des Vorstosses stimmt – und dennoch lehnt der Stadtrat aus grundsätzlichen Überlegungen das Postulat ab. Wieso?

Zuerst ist erfreulich, dass der Klimaschutz parteiübergreifend wahrgenommen wird und dass insbesondere Jungparteien, denen die Zukunft besonders am Herzen

liegen müsste, sich diesem Thema widmen.

Sauber produziertem Strom gehört die Zukunft, das weist die ETH in ihrem Bericht „Via Gialla – Wegbeschreibung für Gebäude in eine nachhaltige Energie-Zukunft“ (Dr. Hansjürg Leibundgut, Professor für Gebäudetechnik ETH Zürich) detailliert nach. Die zukünftigen Gebäude benötigen gemäss dieser Studie total nur noch 15 kWh pro Quadratmeter Energiebezugsfläche Strom anstatt der 90 kWh pro Quadratmeter Energiebezugsfläche bei heutigen Neubauten in Form von Holz, Erdgas, Öl und Strom.

Mit dem Einbau von Wärmepumpen wird erreicht, dass rund 80% des Wärmebedarfs aus erneuerbarer Energie (das heisst aus Umweltwärme) stammt. Der Rest wird über Wärmerückgewinnung und über eine deutlich verbesserte Wärmedämmung der Gebäude gewonnen. In jedem Fall nimmt Strom eine zentrale Rolle bei der Energiedeckung ein, während brennstoffbetriebene klassische Heizungen gemäss diesem Konzept eher eine untergeordnete Bedeutung haben werden.

Aus Sicht des Klimaschutzes sollten Gebäude zukünftig vermehrt ohne Verbrennungsprozesse betrieben werden. Die erlaubte Menge an Kohlenstoff soll für die Mobilität reserviert bleiben und in fernerer Zukunft die Wasserstofftechnologie (Brennstoffzellen) ergänzen.

Wie aber den Strombedarf decken? Nahe liegend: Die Sonne scheint überall, und in Zukunft vermutlich in unsern Breiten noch vermehrt, weil die Klimaerwärmung vermutlich zu längeren Trockenphasen führen wird. Deshalb wird die dezentrale und die zentrale Energieversorgung der Gebäude gemäss der genannten ETH-Studie zu einem wesentlichen Teil über die Sonne und den Wind geschehen, während die Elektrizität aus der Wasserkraft primär der Industrie und dem Gewerbe zur Verfügung stehen soll.

Die heutigen monokristallinen Solarzellen produzieren in unseren Breiten Strom mit einem Wirkungsgrad von etwa 16% (Laborwerte bis 24%) und amorphe Siliziumzellen mit einem Wirkungsgrad von etwa 7% (Laborwerte um 12%). Diese Ausbeute erscheint gering, und deshalb sind Vergleiche notwendig: Strom in einem Holzsnitzelkraftwerk produziert, ergibt einen Wirkungsgrad in Bezug auf die im Rahmen der Assimilation eingefangene Sonnenenergie von lediglich 0,5%.

Wird noch die Wärme genutzt, verbessert sich der Wirkungsgrad auf rund 1,2%. Also bedeutend weniger als mit Photovoltaikzellen der heutigen Generation produziert werden kann. Da bin ich mit den Postulanten absolut einig.

Eine technische Weiterentwicklung der Photovoltaik ist zu erwarten, während bei thermodynamischen Kraftwerken physikalisch enge Grenzen gesetzt sind. Bundesrätin Calmy-Rey könnte Ihnen über die Wirkungsgrade bestens Auskunft erteilen.

Bessere Wirkungsgrade bei der Photovoltaik ergeben sich, wenn die Anlagen beispielsweise im Mittelmeerraum angesiedelt werden und der Strom in unsere Breiten transportiert wird; allerdings mit dem gravierenden Nachteil, dass die Auslandsabhängigkeit der Schweiz bei der Energieversorgung bestehen bleibt. Atomkraft erachtet die ETH-Studie als nicht mehr notwendig, was sich auch mit der bisherigen politischen Meinung des Stadtrates deckt.

Auf Bundesebene ist zudem eine Einspeisevergütung für Strom aus neu

erneuerbaren Energieträgern geplant. Der in die Vernehmlassung geschickte Entwurf des neuen Einspeisegesetzes sieht sehr attraktive Vergütungen vor; so sollen im ersten Jahr (danach pro Jahr 5% weniger) bei Anlagen bis 10 kW Leistung folgende Vergütungen geleistet werden:

Wind	29 Rp. pro kWh
Photovoltaik Freiland	59 Rp. pro kWh
Photovoltaik mit Aufbau auf Gebäuden	72 Rp. pro kWh
Photovoltaik in bestimmte Gebäudeelemente integriert	98 Rp. pro kWh

Diese Einspeisevergütungen decken beinahe die Selbstkosten und sollen mit einer Abgabe von 0,6 Rappen auf jede kWh Strom, die in der Schweiz verkauft wird, finanziert werden.

Dank dieser Einspeisevergütung und zusammen mit dem städtischen und kantonalen Förderprogramm wird sich die Attraktivität von Solarenergie wesentlich erhöhen. Dass bereits heute ein Umdenken stattfindet, belegen folgende Zahlen. Zugesprochene Mittel aufgrund des städtischen Förderprogramms für alternative Energieerzeugungsanlagen:

Gesuche 2005 (25)	ausbezahlt Fr. 110'270.--, reserviert Fr. 82'875.--
Gesuche 2006 (39)	ausbezahlt Fr. 164'041.--, reserviert Fr. 108'490.--
Gesuche 2007 (bis Okt. 2007)	ausbezahlt Fr. 72'031.--, reserviert Fr. 228'586.--

In den letzten Monaten sind zusätzliche Baugesuche für Photovoltaikanlagen bewilligt worden, die Beitragsgesuche sind noch ausstehend, der Gesamtbetrag 2007 dürfte deutlich über Fr. 400'000.-- liegen; dies sehen Sie in der Rechnung.

Wenn davon ausgegangen wird, dass im Mittel 18% der Anlagekosten durch die Stadt gefördert werden, ergibt dies den ansehnlichen Investitionsbetrag von Fr. 2,8 Mio. im Jahr 2007 für alternative Energieerzeugungsanlagen. Mit diesem Förderprogramm werden folglich die gleichen Zielsetzungen erreicht, ohne dass die Stadt einen derartigen finanziellen Kraftakt vollziehen muss, wie ihn die beiden Postulanten beabsichtigen.

Zudem wehrt sich der Stadtrat gegen die Zweckbindung der Ablieferungen an die Stadtkasse. Ich erinnere daran, dass Sie Strukturen, Strategien und ein Ablieferungsmodell beschlossen haben, und jetzt soll daraus eine zusätzliche Million "herausgebrochen" und reserviert werden; so verstehe ich mindestens das Postulat. Sie können mich gerne korrigieren, sofern Sie mit dieser Interpretation nicht einverstanden sind.

Es gilt auch, die bestehenden öffentlichen Gebäude energetisch weiter zu optimieren, damit der Energiebedarf als Ganzes gesenkt werden kann. Wenn wir Energieerträge aus diesem Stromgeschäft noch zusätzlich mit einer Million subventionieren, werden uns die Mittel in diesem Bereich fehlen. Angesichts des gesamtschweizerischen Nachholbedarfs bei den Gebäudesanierungen ist es kurz- und mittelfristig zweckmässiger die Schwerpunkte der Energieförderung bei der Energieeffizienz zu legen. Eine zusätzliche städtische Subventionierung zu diesen Einspeisesubventionierungen am Vorabend einer Strommarktliberalisierung birgt erhebliche Risiken, die zwar zurzeit nicht in allen Konsequenzen abschätzbar sind. Möglicherweise entstehen in der Liberalisierungsphase starke Preissteigerungen beim Strom - an sich für die Photovoltaik eine positive Entwicklung - aber die Erosion

der Margenerträge der Werke werden stark sinken. Ich würde Ihnen angesichts dieser Situation empfehlen, dem SR keinen solchen Auftrag zu erteilen. Der SR hat nichts gegen die gesetzlichen Subventionen gemäss Bundesrecht; eine zusätzliche städtische Subvention würde in der Zukunft Mittel binden, die am Markt wesentlich einfacher erbracht werden können. Bitte beobachten Sie den Markt genau. Sie werden feststellen, dass die Marktkräfte und die vorgesehene Einspeisevergütung dafür sorgen, dass die Mittel richtig und am richtigen Ort eingesetzt werden.

Ich bitte Sie keine zusätzlichen städtischen Mittel zu sprechen. Das ist auch der Grund, warum der SR findet, das Postulat gehe zwar in die richtige Richtung, aber die grundsätzlichen Forderungen sind nämlich zum heutigen Zeitpunkt bereits erfüllt.

Das seit 1991 bestehende Förderprogramm erweist sich heute - und in Zukunft noch vermehrt - als attraktives Zugpferd. Eine weitere Belastung um eine Million würde ich Ihnen nicht empfehlen.

Bis heute wurden etwa 40 Photovoltaikanlagen subventioniert, bis Ende 2007 dürfte sich die Anzahl auf etwa 50 erhöhen. Das ist ein guter Erfolg, und wir werden diesen auch im Sinne eines Reaudits zur Energiestadt ausweisen. Ich möchte Sie bitten, zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Subventionen des Bundes keine weiteren Subventionen zu sprechen. “

Christian Bächtold (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

”Die **FDP-jfsh-Fraktion** lehnt dieses Postulat ab. Es kann doch nicht sein, dass in den nächsten fünf Jahren fünf Millionen ausgegeben werden sollen, ohne zu klären, ob für diese hohe Summe überhaupt Installationsmöglichkeiten auf öffentlichen Gebäuden bestehen und solche Anlagen beispielsweise in der Altstadt überhaupt bewilligt würden. Grundsätzlich sind wir gegen solche “Giesskannenkässeli”, weil damit der Unvernunft Tür und Tor geöffnet wird.

Das Postulat könnte höchstens wünschen, dass die Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften geprüft wird und bei Eignung Bericht und Antrag zu stellen ist.

Gegen saubere Produktion von Strom mit Photovoltaikanlagen ist sicher nichts einzuwenden; es gibt aber noch weitere Alternativen und saubere Energieproduktionen wie Wärmerückgewinnung und Wärmepumpen, welche bei Prüfung vielleicht geeigneter sind als die zwingende Installation einer Photovoltaikanlage.

Diese einschränkenden fünf Millionen werden unsinnig ausgegeben. Nur um ein Gewissen zu beruhigen, ist uns dieses Postulat zu teuer und zu wenig überlegt. Wir lehnen es deshalb - wie gesagt - ab. “

Urs Tanner (SP)

Votum

”Ich verstehe die Stellungnahme der FDP nicht nur negativ; die Einwendungen, die ich als Vorschlag verstanden habe, wie man das Postulat abändern könnte, wären durchaus diskutabel und könnten vielleicht auch Unterstützung in ihren Reihen finden.

Im Gegensatz zum Stadtpräsidenten rede ich zum Postulat vom 18.03.08, und ich

wäre froh, wenn die Grundlagen bei einer Stellungnahme durch die Stadtregierung die gleichen sind. Es ist weder eine Motion, noch das alte Postulat, welches den schwerwiegenden Haken der Kopplung in der Höhe der Ablieferung der städtischen Werke hatte. Mit der Version vom 18.03.08 wurde dies jedoch neu formuliert. Stadtpräsident Marcel Wenger hat eine alte Kutsche beschrieben und vergessen, dass die Neuformulierung eine andere ist.

Energiestadt Schaffhausen, das ist ein wunderschöner Banner, der vorgetragen wird. Wer von Ihnen kennt die 87 Massnahmen für Energiestädte? Es ist ein Riesenkatalog, wie man sich Energiestadt nennen darf und was man dazu erreichen muss; beispielsweise erhält man Punkte für die Durchführung von Hauswarschulungen, Punkte für eine energieeffiziente Strassenbeleuchtung und für eine Tarifstruktur, die energiesparendes Verhalten fördert und Punkte für das Ausnutzen des Potenzials von erneuerbaren Energiequellen.

Es reicht eben nicht, den Banner "Energiestadt" vor sich herzutragen und vor lauter Stolz bei der Umsetzung nichts bis wenig zu tun. Diese Tendenz hat leider die Stadt Schaffhausen. Sie kennen die ökologische Ausgangssituation, welche keine gute ist, wenn wir Ostern im Schnee verbringen und im Dezember in der Badehose in den Rhein springen. Mit weiteren Vorkommnissen wie wärmster Oktober, tiefster Pegel im Bodensee, grösste Menge Schnee im April 2007, wärmster Sommer 2003, wärmster Herbst seit 500 Jahren könnte dieses schauerliche Guinness-Buch der Rekorde leider seitenlang weitergeführt werden.

Wir wissen, dass der Wirtschaftskollaps wegen der Erderwärmung eine Depression wie in den 30er Jahren auslösen könnte, das hat der Chefökonom der Weltbank Sir Nicholas Stern nachgewiesen, und zwar nicht in einer bestellten Studie von Greenpeace, damit die Spendengelder fliessen, sondern von der Weltbank.

Ich habe in meinem Manuskript geschrieben, dass sich ein klarer Lichtstreifen am Horizont mit der Haltung der bürgerlichen Parteien zeigt; dieser verdunkelt sich jetzt aber wieder. Stadtpräsident Marcel Wenger schätzt zwar starken Wind beim Segeln, aber sein heutiges Votum entspricht eher einer lauen Brise und ist gegen seine Haltung, wie er vor kurzem mit scharfer Feder in den SN schrieb. Mit viel Pulverdampf und einem Körnchen Wahrheit schießt er in seiner SN-Kolumne unter dem Titel "G - wie Grosi gibt Gas!" auf alles, was sich noch bewegt. Absolut Recht hat Marcel Wenger aber mit folgendem Zitat:

"Wenn es in einem Land mit höchster Kompetenz in Elektronik und Energietechnologie nicht möglich ist, erfolgreicher zu sparen, die Wasserkraft besser zu nutzen, die Solar- und Windtechnologie mutiger einzusetzen und statt auf grosstechnologische auch auf dezentrale Energieproduktion zu setzen, dann muss man sich über derart schräge Auftritte der Schweiz auch in Zukunft nicht aufregen".

Bundesrätin Calmy-Rey hat das Gas gekauft, sie hat den Türöffner gespielt, was sonst eigentlich immer von liberaler Seite erwartet wird. Wenn wir auf den Knien nach China kriechen, gibt es Applaus; wenn Bundesrätin Calmy-Rey einen Deal einhandelt, gibt es Inserate der SVP mit verhüllter Dame.

Wenn ich diese Aussagen von Marcel Wenger ernst nehme, und ich nehme unseren Stadtpräsidenten sonst sehr ernst - ausser die SN hat seine Kolumne verfälscht - erwarte ich, dass er diesen Vorstoss mit Schwert und Feuer unterstützt. So steht es in meinem Manuskript geschrieben. Seine heutige Unterstützung ist aber nur ein

laues Lüftchen.

Ein anderer Lichtstreifen sind aber der bürgerliche Mitstreiter und Postulant Oliver Mank, aber auch Cornelia Hurter Stamm, die mich mit ihrem Solarbusvorstoss wirklich sehr angenehm überrascht und erfreut hat. Wir sind in einer Zeit, wo Links und Rechts effektive Probleme neu anpacken müssen.

Auch die momentanen Zahlen des Strommixes 2005 der Stadt Schaffhausen sind schlecht: Wasserkraft 53.11%, Sonne 0,02%, Wind 0%, Biomasse 0,11%, Geothermie 0%, Kern 41%, fossile Energieträger 3.63%, Erdöl 1.52%, Erdgas 2.11%.

Unterstützen Sie dieses Postulat in der Version vom 18.03.08, es verdient eine allparteiliche Zustimmung. Es reicht nicht, in Kolumnen mit dem Schwert zu fuchteln, eine Umsetzung wäre nach dem Motto "Steter Tropfen höhlt den Stein" besser. "

Bernhard Egli (OeBS)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

"Wir müssten noch definieren, welche Fassung die gültige ist. Ich habe eine neue Fassung, mit der neuen Formulierung, aber mit einem älteren Datum wie die alte Fassung. Ich verstehe den Stadtrat, dass er einige Mühe hatte sich zurecht zu finden.

Die OeBS/EVP-Fraktion begrüsst es, wenn sich die Stadt Schaffhausen mit allen Kräften im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Verbesserung des Weltklimas einsetzt. Das darf auch, wenn sinnvoll und optimal investiert, eine Million pro Jahr ausmachen.

Unbestritten und mit Abstand die effizienteste Umweltmassnahme im Energiebereich sind aber die Gebäudesanierung, Gebäudeisolation und der objektbezogene Einsatz von Alternativenergieanlagen.

Von mir aus prioritär wäre beispielsweise das Stadthausgeviert, wo für eine Million in Gebäudesanierung, Gebäudeisolation, Abwasserwärmenutzung und vieles mehr investiert werden könnte. Da hat die Stadt als Kommune einen riesigen Nachholbedarf. Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach eines lotterigen, zügigen und nicht isolierten städtischen Gebäudes wirkt ein wenig wie ein Feigenblatt des schlechten Gewissens. Oben scheint die Sonne auf die moderne Anlage, unten im Keller wärmt eine Ölheizung das Haus, die Umwelt und das Klima auf.

Für mich ist ebenso klar und prioritär sollte für die Stadt und ihre Liegenschaften die perfekte Gebäudeisolation sein. Dazu müssten aber einmal die Energieverantwortlichen mit dem Denkmalschutz einen "Hosenlupf" veranstalten. Dies müssten sie allerdings auch bei der Annahme des Postulats.

Wir wollen den Solarstrom sicher nicht behindern. Mit den neuen Bundesvorgaben des Einspeisegesetzes sind aber die Voraussetzungen gegeben, dass er sich zu rentieren beginnt. Im Amtsblatt können Sie wöchentlich nachlesen, wie viele private Investoren beim Solarstrom und bei der Sonnenwärme einsteigen.

Die Motion ist für einen Teil unserer Fraktion zu eng gefasst und zu wenig praxisnah bezogen. Es wäre gut, wenn eine offenere Formulierung gefunden werden könnte, wo beispielsweise Gebäudesanierungen oder an jedes Gebäude angepasste Alternativenergieanlagen miteinbezogen sind. Vielleicht wäre es auch einfacher und

besser, dieses Postulat heute abzulehnen und die Postulanten überlegen sich eine optimalere Neuformulierung, die dann auch funktioniert. “

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, nimmt Bezug auf die verschiedenen Versionen des Postulates und vertritt zu Ehren der Postulanten die Meinung, dass dies im Zeitalter der Informatik ein wohl häufiger Fehler sei, wo ein Text beliebig überschrieben und am Schluss vergessen werde, das Datum anzupassen. Ausserdem handle es sich beim Vorstoss um ein Postulat.

Theresia Derksen (CVP)

Votum

”In der Schweiz ist die Photovoltaik nicht so verbreitet und gefördert wie in Deutschland und eine teure Technik, die auf Siliziumplatten basiert, welche Strom produzieren und Batterien aufladen. Gerade weil diese Technik noch sehr teuer ist, sollte man auch andere neue erneuerbare Energien und Energiesparmassnahmen berücksichtigen.

Viel zu viel Energie geht wohl bei Altbauten verloren, wo häufig veraltete Heizungsanlagen für Energieverluste und ungedämmte Heizleitungen, Dächer und Wände sowie undichte Fenster für hohe Wärmeverluste sorgen.

Deshalb sollte man unseres Erachtens nicht nur die Möglichkeit der Photovoltaik für Energiesparmassnahmen favorisieren, sondern alle Möglichkeiten ausschöpfen. Zur energetischen Qualität eines Gebäudes gehören verschiedene Faktoren und nicht nur die Art der Stromproduktion, deshalb sollte das Postulat auch auf eine effiziente Sanierung der städtischen Gebäude ausgerichtet sein.

Kürzlich hat auch der Ständerat eine Reihe von Vorstössen der Kommission für Umwelt und Energie im Bereich der Energieeffizienz angenommen. Eine Massnahme davon beinhaltet die Einführung eines schweizweit einheitlichen, obligatorischen Gebäudeenergieausweises und die Einführung einer periodisch aufdatierten Energieetikette für Elektroanlagen, Fahrzeuge und Geräte. Das Zertifikat oder die Etiketle dienen der Transparenz und schaffen auf diese Weise Anreize, den Energieverbrauch zu reduzieren. Diese Massnahmen unterstützt auch die CVP.

Das vorliegende Postulat findet zwar unsere Sympathie – wir finden aber, dass alle Möglichkeiten für Energiesparmassnahmen berücksichtigt werden sollten und nicht nur die Technik der Photovoltaik, die sehr teuer ist.

Die Neuformulierung des Postulats, das im Jahr 2009 und in den vier darauf folgenden Jahren jeweils eine Million in auf städtischen Liegenschaften zu installierende Photovoltaikanlagen zu investieren sein, hilft da auch nicht weiter. Das Ergreifen von Energiesparmassnahmen muss eine Daueraufgabe sein, und es gehören alle möglichen Massnahmen dazu, und das nicht nur in den nächsten fünf Jahren.

Wir lehnen das Postulat auch aus den Überlegungen des Stadtrates ab. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)**Stellungnahme**

"Ich muss Ihnen mitteilen, dass ich die Version des Postulats vom 18.03.08 nicht erhalten habe. Gemäss Auskunft vom Stadtratsweibel - und er ist ein sehr zuverlässiger Mann - wurde dies anlässlich der Doppelsitzung vom 18.03.08 verteilt und nicht in der Stadtkanzlei eingereicht. Wahrscheinlich bin ich aus dem Verteiler gefallen, die geänderte Version ist nicht bei mir angekommen.

Trotzdem geht es immer noch um eine Million, auch im veränderten Wortlaut. Das Postulat geht zwar in die richtige Richtung, ist jedoch meiner Meinung nach aufgrund dieser Million und der Fokussierung auf die Photovoltaik "überbestimmt".

Wir haben allerdings einen gemeinsamen Nenner, die überwiesene Motion von Peter Neukomm zum Energie- und Klimaschutzkonzept und zur Entwicklung eines Szenarios einer 2000 Watt-Gesellschaft. Das ist ein Auftrag, der mit grossem Mehr im Grossen Stadtrat erteilt wurde. Die Postulanten haben schon einmal den Text verändert und könnten es auch ein weiteres Mal tun: Neuformulierung basierend auf dem allgemeinen Wortlaut der FDP und Berücksichtigung der Anregung der CVP, ohne Nennung des Betrages von einer Million. Der Stadtrat soll eingeladen (nicht aufgefordert) werden, dazu Bericht und Antrag zu stellen. Damit könnte das Postulat zusammen mit dem *Bericht und Antrag Energie- und Klimaschutzkonzept* bearbeitet werden. Das wäre eine gute Lösung.

Die Kernanliegen des Postulats werden nicht abweisend behandelt, sondern es geht darum, vor dieser zusätzlich geforderten Million zu warnen, vor allem bevor wir wissen, wie und wo wir diese im Rahmen des gesamten Energie- und Klimaschutzkonzeptes einsetzen können.

Ich schlage vor, dass sich die Postulanten eine kleine Auszeit nehmen, um eine textliche Neuformulierung zu prüfen, ohne den Betrag von einer Million und mit einer Öffnung des Textes im Rahmen des Energie- und Klimaschutzkonzeptes, das der SR ohnehin vorlegen muss. "

Kurt Zubler (SP)**Votum**

"Ich möchte Stadtpräsident Marcel Wenger dahingehend korrigieren - dies entspricht den Ausführungen und dem Text des Postulats - dass es sich nicht um eine Subvention, sondern um Investitionen handelt. Es handelt sich darum, dass die Stadt in die Energieproduktion investiert. Dank unserer Industriepioniere haben wir eine Wasserkraftwerkgewinnungsanlage, die wir leider nicht zu 100% besitzen, wie wir dies gerne hätten. Eigentlich lautet der Auftrag, die Energieproduktion der Stadt zu erweitern und zu stärken. Daher ist es nicht sinnvoll, dieses Postulat gegen die Wärmedämmung oder die Energieeffizienz auszuspielen, sondern es handelt sich um ein zusätzliches Element; die Investition könnte natürlich auch von den Städtischen Werken getätigt werden.

Die Hauptsache - und deshalb finde ich es ein ganz wichtiges Postulat - besteht darin, in die Solarenergieproduktion zu investieren, wie es die Stadt Zürich bereits macht, die als Stadt laufend im Sinne einer Zukunftsinvestition finanzielle Mittel in die Solarenergieproduktion investiert.

Es ist völlig falsch zum jetzigen Zeitpunkt ein Päcklein mit Haussanierungen zu schnüren, weil dies ein ganz anderes Feld ist - obwohl es sich natürlich nicht ausschliesst. Jetzt ist es das Gebot der Stunde, wie von Oliver Mank ausgeführt, weil

jetzt das Geld vom Bund in einem gewissen Ausmass fliesst. Wer jetzt zu spät kommt, den straft das Leben. Wenn wir uns nicht jetzt dazu entschliessen, in Solarenergieproduktion zu investieren, ist der Topf dannzumal wahrscheinlich bereits leer. Mit Clean Solution haben wir ein Instrument, wo ein Teil neue erneuerbare Energie gefordert wird, die von den Städtischen Werke jedoch eingekauft werden. Ich finde es richtig, dass die Werke selbst auch im diesem Bereich Investitionen tätigen und einen eigenen Beitrag leisten.

Ich habe gewisse Unsicherheiten bezüglich der städtischen Gebäude und wie die Postulanten das verstehen. Sind zwingend öffentliche Gebäude gemeint oder aber Gebäude in der Stadt Schaffhausen? Dann wäre die Ausdehnung viel grösser.

Zur Frage, ob die Postulanten den Text neu formulieren sollen, kann ich Ihnen nur sagen, dass sie dies - sofern sie es wünschen - selbstverständlich machen können. Ich finde, dass das Postulat in seiner Version vom 18.03.08 gut formuliert ist; allenfalls müsste man bezüglich städtischer Gebäude eine Erklärung anfügen. “

Roland Schöttle, parteilos

Votum

”Kurt Zubler hat von Investitionen gesprochen, anstatt von Subventionen oder Unterstützungen. Ich denke, wenn öffentliche Gelder investiert werden, sollte man mindestens die Wirtschaftlichkeit ins Kalkül einbeziehen. Ich neige dazu, das Postulat nicht zu überweisen, weil ich der Meinung bin, dass man sich beim Einsatz von öffentlichen Mitteln als Investition in einem Bereich, wo aus ökologischen Gründen nicht unbedingt eine optimale Wirtschaftlichkeit erzielt werden kann, auf Grossprojekte - wie beispielsweise das Hallensportstadion mit seinem riesigen Dach - konzentrieren sollte.

Solche Projekte können vor allem auch technisch optimal gestaltet werden und dadurch einen optimalen Wirkungsgrad und eine optimale Wirtschaftlichkeit anstreben und erzielen. Hier würde es sich lohnen, von Seiten der öffentlichen Hand zu investieren und die Bereitschaft signalisieren, allenfalls nicht kostendeckende Investitionen zu tätigen.

Ich neige dazu, das Postulat abzulehnen, aber das Thema hinsichtlich technischer Entwicklung und kurzfristig weiter zu verfolgen, um zu gegebener Zeit - vielleicht auch proaktiv von Seiten der Stadt - in ein allfälliges Grossprojekt mit Solarzellen zu investieren. Ausserdem steht die Entwicklung der Solarzellen bezüglich Erhöhung der Wirksamkeit vor einem grossen Durchbruch, und dann muss man wirklich mit machen. “

Christian Hablützel (SP)

Votum

”Der Geschäftsbericht der ETAWATT 2006/2007 liegt heute auf Ihren Pulten. Ich möchte hier keine Werbeveranstaltung machen. Vergangenen Sonntagabend habe ich den Bericht frei gegeben, und er hätte Ihnen mit einem Begleitschreiben von mir zustellt werden sollen. Die Geschäftsleitung war schneller als ich, der Bericht liegt bereits auf Ihren Pulten, leider ohne mein Schreiben.

Wenn wir von diesem Postulat sprechen, bin ich der Meinung, die Thematik sollte erweitert und dem SR die Möglichkeit gegeben werden, nach bestem Wissen und Gewissen in die Energieeffizienz zu investieren. Die ETAWATT investiert bereits in die Solarenergie und mit einer Kapitalaufstockung von einer Million seitens der Stadt

könnte eine Hebelwirkung "hoch zehn" bewirken, das heisst die Auslösung von Investitionen in der Höhe von 10 Millionen. Es könnten beispielsweise über das Energiecontracting auf privaten Liegenschaften Solarenergieanlagen installiert werden. Damit multiplizieren Sie auch betriebswirtschaftlich die Effizienz der eingesetzten Mittel um ein Vielfaches.

Zurück zum Postulat: Bitte formulieren Sie dieses dahingehend neu, dass der SR effizient Mittel einsetzen kann, und zwar dort, wo eine grosse Hebelwirkung - ganz im Sinne des Postulats - erwirkt werden kann. "

Peter Neukomm (SP)

Votum

"Ich schliesse mich vor allem dem Votum von Christian Hablützel an, ebenso teilweise demjenigen von Roland Schöttle. Aufgrund der überwiesenen Motion Energie- und Klimaschutzkonzept gehe ich davon aus, dass die Stadt in Zukunft wesentlich mehr in die Energieeffizienz der eigenen Gebäude investieren wird. Wir erwarten allerdings auch, dass sie auch wesentlich mehr in alternative Energiegewinnungsanlagen investieren wird. Das Problem ist aber, dass wir nicht wissen, wann dieses Konzept vorliegen wird.

Dürfte ich den Postulanten einen Rat geben, würde ich Ihnen empfehlen, den Text so abzufassen, dass wir heute Abend eine klare Mehrheit einer Willensbildung des Grossen Stadtrates erreichen können. Damit wird der Stadt ermöglicht, ihre geplanten Anlagen innert der vorgeschriebenen Frist einzugeben, damit sie von der Einspeisevergütung des Bundes profitieren kann. Man sollte diese Abklärung vorziehen.

Deshalb empfehle ich in diesem Sinne dem SR einen Auftrag zu erteilen, dass er zusätzliche Investitionen in alternative Energieanlagen, insbesondere Solarenergieanlagen, prüft, und zwar auch auf städtischen Gebäuden. Dieser Begriff müsste offener und weiter gefasst werden. Sobald Bericht und Antrag bezüglich Energie- und Klimaschutzkonzept vorliegt, könnten beide Vorstösse miteinander behandelt und abgeschrieben werden. Immerhin hätte man dann eine Willensbekundung seitens des Parlaments, damit der SR im Bereich der Solarenergie - wo grosser Zeitdruck besteht - vorwärts machen und zusätzliche Investitionsmöglichkeiten als Stadt prüfen kann. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

"Ich spreche für mich und nicht für die Fraktion. Ich finde das Postulat insofern sympathisch, weil es eine neue zukunftsgerichtete Energie berücksichtigt. Auch mit meiner Kleinen Anfrage haben Sie gesehen, dass ich der Solarenergie positiv gegenüber stehe. Peter Neukomm hat es bereits erwähnt, wenn wir das Geld in Bern nicht abholen, werden es andere machen; Schaffhausen würde dann einmal mehr wieder im Abseits und im Regen stehen.

Ich habe mich mit Oliver Mank unterhalten und anhand der mir vorgelegten Unterlagen hat es sich gezeigt, dass diese Investitionen kostenneutral für die Stadt ausfallen. Die von der Stadt getätigten Aufwendungen halten sich in etwa mit den Subventionen des Bundes die Waage. Wie Kurt Zubler richtig bemerkte, geht es nicht um eine Subvention, sondern um *Investitionen*, die von in Bern bereits gesprochenen Fördergeldern wieder vergütet werden.

Es geht im Wesentlichen darum, dass *wir* abholen, was sich sonst andere holen werden. Unsere Randregion hat es wirklich nötig, dass sie auch einmal profitieren kann.

Wenn Sie die stetig steigenden Kosten für - beispielsweise - Erdöl, Heizöl und Benzin beobachten, hätte dies vor drei Jahren niemand vorausgesagt. Was wissen wir wirklich über die Preisentwicklung von Benzin und fossilen Brennstoffen in einem Jahr? Dann werden uns die Preise für Solarenergie vielleicht billig erscheinen, und es lohnt sich sehr wohl trotzdem zu investieren.

Zum Thema Energiesparmassnahmen möchte ich nur sagen, dass wir das eine tun und das andere nicht lassen sollten. Vielleicht sind wir einmal froh darüber, dass wir heute diesen Schritt einer Investition gemacht haben; denn niemand weiss, wie die Welt in 10 Jahren aussehen wird.

Natürlich ist es - und dies sage ich zuhanden der FDP - klar, dass wir in der Kernzone Altstadt gewisse denkmalschützerische Vorgaben haben, die es zu berücksichtigen gilt. Wir haben aber bereits heute konkrete Vorhaben, diverse Schulliegenschaften und auch andere Liegenschaften ausserhalb der Kernzone in der Stadt zu sanieren.

Bezüglich städtischer Liegenschaften könnte die Formulierung insofern - wie bereits von Peter Neukommen erwähnt - entschärft werden, dass statt "auf städtischen Liegenschaften" von "*städtischen Photovoltaikanlagen*" gesprochen würde. Ob diese dann durch die ETAWATT - im Endeffekt durch eine der Stadt gehörende Unternehmung - realisiert würden, steht auf einem anderen Blatt. Damit würde sich die Möglichkeit eröffnen, auch auf Fremdliegenschaften - siehe neues Hallensportstadion - städtische Anlagen zu realisieren.

Oliver Mank hat mir ausgerechnet, wie viele Solarbusse mit zwischen 600'000 und 650'000 kWh fahren könnten; es sind einige hunderttausend Kilometer. Dies würde mich sehr freuen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen Überweisung des Postulats, allenfalls redaktionell verbessert, damit ein gangbarer Weg gefunden werden kann. "

Oliver Mank (SVP)

Votum

"Der Stadtpräsident hat meiner Meinung nach viel Zeit verwendet, uns misszuverstehen. Wir haben nie von Subventionen gesprochen; wir wollen ebenfalls nicht, dass die Stadt irgendetwas subventioniert. Unser Gedanke war eigentlich, dass es eine Investition in Anlagen im Besitz der Stadt oder ihrer Betriebe sein sollte. Dazu gehört auch die ETAWATT, die mehrheitlich der Stadt gehört und in diesem Bereich tätig ist. Ich verstehe nicht, dass man sich derart schwer damit tut, dieser Firma das Geschäftsfeld zu erweitern.

Bezüglich der im Postulat " ... auf städtischen Liegenschaften" erwähnten Flächen würde ich nicht ausschliessen, dass die Stadt oder die ETAWATT im FCS-Park eine solche Anlage betreibt. Es ist sicher sinnvoll, grössere Flächen zu nutzen, wie beispielsweise im FCS-Park. Der Bund hat im Bereich Photovoltaik Fr. 160 Mio. zweckgebundene Fördermittel pro Jahr gesprochen. Ich versichere Ihnen, dass andere Regionen Anlagen bauen und die Gelder abholen werden, wenn wir es nicht tun.

Deshalb bitte ich Sie erneut dringend, dem Postulat zuzustimmen. Es ist eine gute Sache; es sind Investitionen und keine Subventionen. “

Urs Tanner (SP)

Votum

”Es ist erfreulich, wie seriös dieses Thema angegangen wird. Ich unterstütze Oliver Mank sehr; aber ich glaube, den FCS-Park in Höhe von Fr. 150 Mio. als städtisch zu bezeichnen, wäre doch etwas vermessen. Das Thema ist zu wichtig, dass wir hier in Schönheit sterben. Ich schlage den Postulanten vor, die bestehenden zwei Zähne wie folgt zu ziehen:

Neuformulierung des Postulatsauftrages:

”Der Stadtrat wird aufgefordert, im Jahr 2009 und in den vier darauf folgenden Jahren einen angemessenen Betrag in auf geeigneten städtischen Liegenschaften zu installierende Photovoltaikanlagen zu investieren.“

Ob schlussendlich “städtische” oder nur “geeignete” Liegenschaften aufgeführt werden, bleibe dahingestellt. Lieber mit einem “zahmen” Postulat durchkommen, als mit einem “Titanik-mässig” formulierten untergehen. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”Es wurde vorgeschlagen, diese Million wegzulassen, welche uns wirklich massiv einengt, nach oben wie unten und bezüglich städtische Liegenschaften ist es auch richtig, eine offenere Formulierung zu wählen. Schade ist, dass im Moment die Energieeffizienz nicht enthalten ist. Vielleicht erfolgt ein weiterer Vorschlag seitens der Postulanten unter Berücksichtigung dieses Punktes.

Ich würde in diesem Fall seitens des SR den Willen auf Entgegenkommen und Erfüllung im Rahmen des Energie- und Klimaschutzkonzeptes signalisieren. Wenn wir eine Million pro Jahr einsetzen müssen, sind wir viel zu stark eingeeengt. Ich kann Ihnen jedoch keinen Textvorschlag unterbreiten, dies müsste von Seiten der Postulanten erfolgen. “

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, wiederholt den von Urs Tanner (SP) gemachten Vorschlag.

Peter Neukomm (SP)

Votum

”Ich knüpfe an den von Cornelia Stamm Hurter aufgeworfenen Vorschlag an und bitte die Postulanten darum, sich auf die Formulierung “Investitionen in städtische Photovoltaikanlagen” zu konzentrieren: *Der SR wird beauftragt, dem GrSR Bericht und Antrag zu zusätzlichen Investitionen in städtische Photovoltaikanlagen zu stellen, welche von den im Rahmen der neuen Energiegesetzgebung des Bundes bereit gestellten Fördermittel profitieren können.*

Damit wäre der zeitliche Druck der Eingabefrist berücksichtigt und die Nennung des Betrages von einer Million würde wegfallen, der für viele ein Hindernis darstellt, dem Postulat zuzustimmen. “

Christoph Lenz (AL)**Schlusswort**

„Um allen Spekulationen ein Ende zu bereiten: Der Text wird nicht geändert. Jeder mäkelte jetzt daran herum. Ich habe vor zwei Wochen einen Text verteilt, über den wir jetzt auch abstimmen werden.“

Ich will es mir nicht nehmen lassen, die Verhandlungen noch kurz zu reflektieren. Ich finde es ausserordentlich spannend, dass der Stadtpräsident vorschlägt, das Postulat abzulehnen, weil das Zugpferd überlastet wird und gleichzeitig meint ein Grossstadtrat, man solle nur Grossprojekte unterstützen. Das ist ein grundsätzliches Missverständnis.

Es werden auch Begriffe wie Energieerzeugung, Energieeffizienz und Energiesparen vermengt. Das Postulat ist ausreichend klar formuliert, um zu wissen, dass es sich um *Energieerzeugung* handelt. Ich will damit die anderen Komponenten nicht klein reden; es wäre aber der OeBS, die immer auf die Energieeffizienz verweist, unbenommen geblieben, in den letzten drei Jahren einen Vorsoss einzureichen. Ich bitte Sie, unserem Postulat zuzustimmen. “

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, stellt fest, dass das Motto “Unsere Schreibe hat Bleibe” zur Anwendung kommt und der Postulatstext unverändert zur Abstimmung gelangt.

Peter Möller (SP)**Votum**

„Ich möchte es nicht unversucht lassen, trotz des Mottos “Unsere Schreibe hat Bleibe”, die Postulanten davon zu überzeugen, sich das Ganze wenn möglich nochmals zu überlegen. Sie waren schon einmal gescheitert und haben den Text zum Besseren abgeändert, und es wäre sinnvoll, wenn sie dem von Urs Tanner formulierten Vorschlag folgen würden. Die Auslegung, unter “städtische Liegenschaften” könnten auch private Liegenschaften fallen, die sich in der Stadt befinden, ist einfach “hahnebüchern”. Das geht nicht. Ich möchte einfach sehen, wie man eine Million in Solarpanels sinnvoll auf städtischen, und nur städtischen sich in Besitz der Stadt befindlichen Liegenschaften pro Jahr aufstellen soll. Dies kann ich mir nicht genau vorstellen.“

Mit der Entscheidung, eine Million pro Jahr über vier Jahre verteilt zu investieren, wird ein Gesamtausgabebeschluss über 5 Millionen gefasst, der eigentlich der Volksabstimmung unterstellt werden müsste, weil es die Kompetenz dieses Rates bei weitem übersteigt. Diese Überlegungen möchte ich den Postulanten ebenfalls zu bedenken geben. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

„Im Hinblick auf die anstehenden Wahlen scheint es zum guten Ton zu gehören, sich möglichst grün und energiebewusst zu geben. Ich möchte mich doch auch noch zu Worte melden, allerdings nicht zum Thema, sondern zum Verfahren.“

Die Palette der Vielfältigkeit hat sich langsam erschöpft, es ist ja keine Beratung einer Spezialkommission, an der man allenfalls einen Antrag der SPK gegenüber dem stadträtlichen Antrag stellen oder eine SPK-Motion einreichen kann, sondern wir haben ein Postulat, das die Postulanten Oliver Mank und Christoph Lenz sehr wohl begründet haben. Sie hätten die Kompetenz den Text zu ändern; wir haben gehört,

dass sie dazu nicht bereit sind. Es ist nicht an uns, sämtliche Varianten einzubringen, zumal - wie Peter Möller zutreffend ausgeführt hat - die Konsequenzen nicht in allen Punkten durchdacht sind. Ich beantrage Abstimmung. “

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, hält fest, dass sich jetzt die Rednerliste erschöpft hat und somit die Abstimmung über das Postulat in der Version vom 18.03.08 stattfindet wird.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 17 : 13 Stimmen nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Motion Christa Flückiger (SP): Schulsozialarbeit “flächendeckend in der Stadt Schaffhausen”

Christa Flückiger (SP)

Begründung

”Schon bei der Einführung der Schulsozialarbeit (SSA) im März 2006 an den Schaffhauser Schulen war wohl allen bewusst, dass diese Vorlage nicht das Gelbe vom Ei sein kann. Dass dabei nur ein Teil der Schaffhauser Schulen sowie nur eine Schulstufe berücksichtigt wurden, war und ist auch aus heutiger Sicht und Erfahrung ein Zustand, der nicht bestehen bleiben darf.

Ich weiss inzwischen, dass die Umsetzung von Ideen, auch von den guten, immer lange dauert. Prävention von Kindern und Jugendlichen generell ist ein Schlagwort geworden, das beinahe alle Parteien in ihrem Programm haben. Aber eben, der gute Wille nützt nichts, wenn schon erprobte Projekte wie SSA nur sämchenweise am Stadthimmel auftreten.

Die Massnahmen zur Verhinderung und zum frühzeitigen Auffangen von verschiedenen Problemen werden nicht genutzt, und wir hinken diesen hinterher. Probleme können jederzeit und überall auftreten. Hilfestellung muss demzufolge auch überall zur Verfügung stehen.

Kinder und deren Familien durchlaufen im Laufe ihres Lebens verschiedene Stationen. Man weiss heute, dass rund 25-30% aller Kinder und Jugendlichen von psychosozialen Belastungen betroffen sind, Tendenz eher steigend. Die Kinder reagieren auf diese Spannungen mit Regelabweichungen, Drogenkonsum, Gewalt, Stresssymptomen oder Selbstwertproblemen. Meistens können sie auch nicht auf eine tragfähige Eltern-Kind-Beziehung zurückgreifen.

Die Schule ist von diesen Konsequenzen betroffen, so dass sie durch die Belastungen der Schüler und Schülerinnen ihren Bildungsauftrag nicht mehr zur Zufriedenheit aller Betroffenen ausführen kann. Der Lernerfolg hängt jedoch sehr direkt mit einer befriedigenden Lebenssituation und mit den sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen zusammen. Die Schule kann jedoch von ihrem Auftrag her nicht in erster Linie diese Grundlagen schaffen und aufrechterhalten. Hier gilt es unsere Schulen gezielt und mit allen erdenklichen Mitteln zu stützen. Nur so können wir ein gutes Bildungsangebot garantieren, was sich auch auf die

Standortqualität niederschlägt. Um dies zu erreichen, braucht es die Zusammenarbeit zwischen Schule und sozialer Arbeit.

Sozialisation wird als Prozess verstanden, in dessen Verlauf sich der mit einer biologischen Ausstattung versehene junge Mensch in aktiver Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen zu einer handlungsfähigen Persönlichkeit entwickelt. Dazu gehören gleichermaßen Bildungskompetenzen sowie persönliche und soziale Kompetenzen.

All dies haben Patrik Ammann und Roswitha Wahl seit dem 1. März 2006 bis jetzt in die Schulsozialarbeit der Stadt Schaffhausen einfließen lassen. Leider aber - wie bekannt - nur in den vier Schulhäusern: Gräfler, Alpenblick, Altstadt, und Emmersberg, notabene nur in der Realschule sowie an der Werkklasse der Mädchen am Kirchhofplatz.

Neben der eigentlichen Beratungstätigkeit ist die Vernetzungsarbeit ein zentraler Bestandteil der Schulsozialarbeit. Sie erfolgt trotz der Vielfältigkeit der Probleme, der Komplexität und der verschiedenen Ursachen, welche vom Liebeskummer bis zu gravierenden Härtefällen eingeordnet werden können, dank der guten Zusammenarbeit mit den Fachstellen schnell und unbürokratisch. Die Begleitperiode erstreckt sich von einmaligen Gesprächen bis zur Begleitung über ein ganzes Schuljahr. Häufigste Probleme sind derzeit Konflikte unter den Jugendlichen, Mobbing, Gewalt und natürlich auch persönliche Probleme wie Drogenmissbrauch, Essstörungen oder Selbstverletzung.

Das Sozialverhalten und mangelnde Sozialkompetenz sind leider häufig auf einen desolaten Zustand im Elternhaus zurückzuführen. Zudem hat sich die Gesellschaft erheblich verändert. Und trotzdem gibt es die häufige Bemerkung, beispielsweise bei Streit unter den Schülerinnen und Schülern: "Das gab es schon früher, ist alles nicht so schlimm", immer noch.

Doch während sich früher die Jugendlichen in einer Bewegung abgrenzen konnten, finden Jugendliche heute keine Identität mehr. Negative Einflüsse wie zum Beispiel Internet-Kriminalität und Internet-Pornografie überfordern Kinder wie Eltern und ein Zuordnen wird je länger je schwieriger. In Fachkreisen spricht man von der Jugend X. Aber was ist diese Jugend X, eine Jugend ohne Identität und ohne Namen? Neue Phänomene treten auf, selbst Fachleute sind ratlos.

Hinzu kommt die Tatsache, dass den Kindern oftmals die Gesprächspartner fehlen. Anhand der genannten Probleme stellen die Schulsozialarbeitenden fest, dass es bei einem Grossteil der Gespräche nicht nur um die Schule geht, ungefähr die Hälfte der Beratungen hat einen komplexeren Hintergrund, wie beispielsweise familiäre Verhältnisse oder traumatisierende Ereignisse, was sich dann natürlich auch auf die schulischen Leistungen niederschlägt.

Dies erklärt die Tatsache, dass alle Lehrpersonen, die im Moment auf diese wertvolle Unterstützung durch die Schulsozialarbeit zurückgreifen dürfen, das Angebot nicht mehr missen wollen. Die Zusammenarbeit hat sich gut etabliert, Lehrerinnen und Lehrer distanzieren sich vom Druck, allein für die Lösung aller sozialen Probleme verantwortlich zu sein, und es vermittelt ihnen eine gewisse Sicherheit. Diese Unterstützung stärkt sie in ihrem Tun und Handeln und lässt eine gewisse Entspannung zu, was sich bewiesenermassen auf die gesamte Atmosphäre und das Klima in der Klasse auswirkt.

Und jetzt erfolgt die Nachfrage nach Schulsozialarbeit auf allen Stufen. In der Zwischenzeit wissen wir alle, dass an den Schaffhauser Schulen Probleme bestehen, und dies nicht nur auf Realstufenebene. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb andere Kinder in anderen Schulhäusern und Schulklassen keinen Zugang zur Schulsozialarbeit haben sollen.

Schulsozialarbeit muss dringend für alle Schülerinnen und Schüler, für alle Eltern und sämtliche Lehrpersonen zugänglich sein; schon deshalb, weil sich, gerade bei Konflikten unter Schülern auch Situationen ergeben, wo Primar- Real- und Sekundarschüler zusammen involviert sind. Das heisst, um Fälle behandeln zu können, müssen mit allen Parteien Dialoge und Lösungen gefunden werden. So geschah es immer wieder, dass Kontakte zwischen Sekundarschule und Primarschulstufe stattgefunden haben. Ein kleiner Spalt zur Zusammenarbeit öffnete sich dadurch. Aber eben, leider nur ein winzig kleiner Spalt. Dieser Spalt erfordert eine dringende Öffnung. Zudem muss garantiert werden, dass genügend Kapazitäten zur Umsetzung von Präventivideen seitens der Schulsozialarbeitenden zur Verfügung stehen.

SSA muss ausserdem niederschwellig angeboten werden. Man weiss heute, dass mobile SSA viel schwieriger ist, da Beziehungsarbeit ein sehr wichtiger Aspekt ist, wenn man gute und greifende SSA haben will.

Primarschulen, aber auch immer häufiger Sekundarschulen, erleben Situationen, welche alle Beteiligten an den Rand der Belastung und der Ratlosigkeit führen. Aus dem Bericht des Stadtschulrates, aber auch der Schulsozialarbeitenden geht hervor, dass jedes Schulhaus und alle Betroffenen sehr froh um diese Hilfe sind. Der Schrei nach Unterstützung und Begleitung hallt bis weit über die bis jetzt vorhandenen Ressourcen hinaus. Sozial- wie Schulamt wissen um die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit an allen Schulen, auf jeder Schulstufe.

Wir dürfen unsere Kinder mit ihren Familien und unsere Lehrkräfte nicht in ein Zweiklassensystem degradieren. Hierzu möchte ich Ihnen ein einfaches Beispiel geben:

Wenn Sie, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, Schmerzen oder Unwohlsein verspüren, dann holen Sie sich Hilfe; diese Hilfe steht Ihnen allen zu. Oder hätten Sie Freude daran, wenn ausgerechnet Sie, nur weil Sie beispielsweise in einem Quartier wohnen, dessen Leistungsangebote aus irgendwelchen Gründen reduziert ausfallen, oder Sie vielleicht für eine Hilfe als zu jung oder eventuell zu alt eingestuft würden, ausgeschlossen werden?

Die Schulsozialarbeit, so wie sie heute in unserer Stadt praktiziert wird, funktioniert im Moment genau so. Das darf doch einfach nicht sein.

Ausserdem bin ich überzeugt, dass wir längerfristig finanzielle Mittel sparen können, denn je niederschwelliger wir Probleme auffangen, desto besser können sie gelöst werden. Ich gehe sogar noch weiter: SSA muss auch für den Kindergarten zur Verfügung stehen.

Wir wissen, dass bereits in den Kindergärten Fälle vorkommen, deren Umfang unbedingt und zwingend den Zugang zur Schulsozialarbeit gewährleisten muss. SR Urs Hunziker schilderte uns in der Budgetdebatte einen Fall, der zu denken geben muss. Auch die jetzigen Stelleninhaber sind überzeugt davon, dass bereits im

Kindergarten eine Begleitung nötig wäre. Grosse Probleme beginnen oft im Kleinen, und hier beginnt auch die rechnerische Planung. Muss ein Jugendlicher fremd platziert werden, kostet er uns in einem Jugendheim ungefähr Fr. 350.-- pro Tag. Und dies ist nicht der teuerste Ansatz. Vielleicht kann uns Jugendanwalt Peter Möller noch mehr dazu sagen. Ein Jahr ausserfamiliäre Betreuung bedeutet also im genannten Beispiel bereits Fr. 126.000.--.

Es sind Fälle verzeichnet, welche nach dem Abschluss der Lehre zu Konsumenten von harten Drogen wurden oder ihr Leben auf andere Art einfach nicht in den Griff bekamen. Die Hilfe kam ganz einfach zu spät. Dies wiederum bedeutet, dass die Fortzahlungen weiter in die Höhe schnellen, vielleicht ein ganzes Leben lang. Sie sehen also, ein frühes Eingreifen, eine frühe Hilfe kann die Chance auf ein besseres Leben im Erwachsenenalter erheblich steigern und die Verantwortung, sein Leben selbst, mit allen Verpflichtungen zu bewältigen, gezielt gefördert werden. Eine lebenslange Abhängigkeit von fremdem Geld könnte vielleicht ausgeschlossen werden.

Darum bin ich dagegen, dass - so wie unser System im Moment leider auf vielen anderen Ebenen auch funktioniert - das Geld erst für den Reparaturmechanismus (sprich Folgekosten) eingesetzt wird, weil es schlicht und einfach viel zu spät geschieht.

Es kann doch nicht sein, dass wir da nicht flexibel genug sind, um dort ansetzen, wo gewisse Zukunftsperspektiven vorhanden sind, wo uns längerfristig massiv höhere Kosten erspart blieben, und wir die Früchte der eingesetzten Investitionen längerfristig ernten können.

Davon, meine Damen und Herren, bin ich überzeugt, und dafür werde ich in diesem Rat kämpfen. Ich bin auch sicher, dass sich dies auf unsere Gesellschaft auswirken wird. Wenn Schulsozialarbeit auch eine präventive Aufgabe haben soll, und diese Notwendigkeit zeigen Ergebnisse aus diversen Studien, aber auch viele der zitierten Argumente zur Einführung der Schulsozialarbeit, dann muss die Konsequenz daraus sein, sämtliche Stufen miteinzubeziehen.

Es ist unumstritten, dass in der Oberstufe oft Probleme eskalieren, die zuvor an der Unterstufe oder sogar schon im Kindergarten wahrnehmbar waren. Meist sind es Probleme, die schon länger bestehen. Die Lehrpersonen fangen während des Unterrichts viel auf und tragen Geschichten oft lange mit ihren Schülerinnen und Schülern mit. Leider entsteht dieses Bewusstsein tatsächlich häufig erst dann, wenn es sozusagen brennt.

Ich möchte nicht, dass Polizeikräfte auf unseren Schulhöfen patrouillieren, Schulsozialarbeit ist eine viel greifendere, aber auch kostengünstigere Variante.

Zum Schluss lassen Sie mich noch von Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen zitieren, welche das Angebot der SSA nutzen dürfen. Diese Aussage ist in keiner Statistik und in keiner Auswertung vorhanden, aber meiner Meinung nach sehr aussagekräftig:

Die schlichte Formulierung lautet: "Es gibt uns ein gutes Gefühl zu wissen, dass wir eine SSA im Schulhaus haben" und genau deshalb möchte ich Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zur Überweisung der Motion ermuntern.

Während der Budgetdebatte hat uns SR Thomas Feurer versprochen, in Kürze eine entsprechende Vorlage vorzustellen. Aus allen Fraktionen kamen dazu positive Voten. Ich freue mich deshalb, wenn Sie heute auch unsere Motion unterstützen. Damit erteilen wir dem Stadtrat einen verbindlichen Auftrag, der diesem für die Entwicklung seiner Vorlage den Rücken stärkt.

Wir stehen für eine bedarfsgerechte, niederschwellige und ohne Zulassungsbeschränkung effiziente und gut funktionierende SSA. “

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

”Bevor ich zur Stellungnahme des SR komme, muss ich zuerst noch das Votum von Christa Flückiger verdauen. Zum Glück ist es nicht nur so, wie Christa Flückiger schilderte, und es gibt an diesem Körper auch noch gesunde Stellen. Dies meine ich als Kompliment an die Leistung der Eltern und Lehrkräfte sowie an das Umfeld. Selbstverständlich gibt es aber auch die von der Votantin geschilderte Situation.

Ich bedanke mich für die ausführliche Begründung der Motion. Ich möchte mich mit der heutigen Antwort kurz fassen, da der Stadtrat nach der letzten Budgetdebatte per Mitte 2008 eine Untersuchung über die effektiven Bedürfnisse nach schulischer Sozialarbeit in Aussicht gestellt hat. Der Auftrag wurde in der Zwischenzeit erteilt, der Bericht der Hochschule für Sozialarbeit St. Gallen wird auf das Ende der Sommerferien erwartet. Er soll als Kernstück einer Kreditvorlage dienen, die Ihnen per Ende August zugehen soll. Die Terminabfolge hat sich leicht verzögert, weil die Lehrpersonen in den Prozess einbezogen werden sollen; dies hat Christa Flückiger in ihren Ausführungen ebenfalls erwähnt. Damit beschreitet die Stadt einen etwas anderen Weg als Neuhausen, wo die Schulsozialarbeit lernend “on the job” eingeführt und auf ein wesentlich höheres Pensum erweitert wurde als wir in Schaffhausen für rund das Dreifache von Schülerinnen und Schülern haben. Mit unserer vorgängigen Analyse bleiben wir auf dem Weg, der ein abgeklärtes Verfahren vorsieht und dafür mehr Sicherheit bietet wie das System “learning by doing on the job” in Neuhausen.

Die Motionärin schilderte eindrücklich die Ausgangslage an gewissen städtischen Schulen, die sich leider mit unseren Wahrnehmungen in Bezug auf das soziale und interkulturelle Umfeld weitgehend decken. Deshalb hat der Stadtrat schon vor einigen Jahren aufgrund von ermutigenden Berichten aus vergleichbaren Kommunen und einer sorgfältigen Analyse beschlossen, die schulische Sozialarbeit auf Realschulstufe einzuführen.

Das Parlament ist der damaligen Absicht des Stadtrates im Jahre 2006 mit grosser Mehrheit gefolgt und hat zwei 80%-Stellen samt Büroinfrastruktur für die Schulhäuser Gräfler, Altstadt, Emmersberg und Alpenblick bewilligt. Eine Sozialarbeiterin und ein Sozialarbeiter mit Zusatzausbildung sind seither an diesen Schulen tätig. Sie sind von den Lehrerschaften gut aufgenommen worden und konnten ihre Tätigkeit aus dem Stand aufnehmen. Bewährt hat sich bisher auch die Trennung vom Schulsystem in Bezug auf die Referatsverantwortung (Sozial- anstatt Schulreferat), die von den Betroffenen als Element der Unabhängigkeit wahrgenommen wird und Interessenkonflikte vermeiden hilft. Problematisch ist tatsächlich die strikte Trennung der berechtigten Schultypen, die Interventionen auf der Primar- und Sekundarstufe aus personellen und organisatorischen Gründen kaum zulassen.

Der Stadtrat hat deshalb Verständnis für die Anliegen der Motion und stuft die

Schulsozialarbeit als geeignetes Mittel zur Vermeidung von kostenintensiven Folgeschäden in der Entwicklung von jungen Menschen ein. Schulsozialarbeit soll daneben vor allem auch Präventivwirkung entfalten. Etwas unwohl ist dem Stadtrat, wenn er mit diesem Mittel Versäumnisse im Elternhaus reparieren muss, die auch von den Lehrerinnen und Lehrern aus verständlichen Gründen nicht kompensiert werden können. Es darf nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand sein, für alle Pflichten in der Erziehung und Entwicklungsbegleitung einzuspringen, die von den erziehungsberechtigten und erziehungspflichtigen Eltern - aus welchen Gründen auch immer - nicht immer wahrgenommen werden oder können.

Schon heute sind Kanton und Kommune mit einer Vielzahl von sozialen, pädagogischen, psychologischen, psychiatrischen und auch repressiven Stellen und Institutionen am Flicker von schwierigen Biographien. Wir möchten nicht den Eindruck erwecken, für jedes Problem ein staatliches Rezept bereit zu halten. Der Mitverantwortung der Eltern und des Erziehungsumfeldes - und damit meine ich nicht der Lehrpersonen - ist besondere Beachtung zu schenken und diese ist im Bedarfsfall auch einzufordern. Ich möchte damit zu einer Diskussion anregen, die wir noch nicht abschliessend geführt haben.

Deshalb möchten wir für das Wort "flächendeckend" einen anderen Akzent setzen und dieses durch "bedarfsgerecht" ersetzen. Es gibt nämlich auch in Schaffhausen gut funktionierende Schulen, die ihre Probleme durch eigene Kräfte und einen guten Zusammenhalt meistern. Darüber bin ich sehr dankbar. Selbstverständlich muss auch an diesen Orten Zugang zur Schulsozialarbeit gewährleistet sein. Eine feste Stelle würde aber ein falsches Zeichen setzen. Schulsozialarbeit soll ganz bewusst nicht einfach normal werden, sondern *im Bedarfsfall* zur Krisenbewältigung eingesetzt werden können. Dabei wollen wir auch von der Erfahrung anderer Städte profitieren, und in diesem Sinne wurde auch der Auftrag an die Hochschule für Sozialarbeit St. Gallen formuliert; wir sind gespannt auf die Recherchen und die Resultate.

Wir bitten die Motionärinnen und Motionäre deshalb, ihre Formulierung im Sinne des Stadtrates anzupassen, das heisst "flächendeckend" durch "bedarfsgerecht" zu ersetzen, wie dies ja auch bereits erwähnt wurde. Ich finde das Wort "flächendeckend" etwas unangebracht, weil es die spezifischen Verhältnisse nicht berücksichtigt und würde diese Variante zur Ablehnung empfehlen.

Wir versprechen Ihnen, dass wir mit dem Anliegen sorgfältig und mit Augenmass umgehen werden und dem Parlament eine ausgewogene Vorlage, angepasst an die Schaffhauser Verhältnisse, präsentieren werden. "

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

"Aufgrund des flammenden Votums der Motionärin möchte ich die Bitte des Stadtrates, das Wort "flächendeckend" durch "bedarfsgerecht" zu ersetzen, unterstützen.

Ich erinnere daran, dass wir die erste Vorlage zur Einführung der Schulsozialarbeit auf Realschulstufe auf eine Bedarfsabklärung abgestützt und uns damals einem Brennpunkt zugewendet haben, der gemäss Einschätzung des Stadtschulrates auf Realstufe am Grössten ist. Es hat sich gezeigt, dass auch weitere Stufen - wie von Christa Flückiger geschildert - diesen Bedarf haben. Erschrocken bin ich über das von der Votantin skizzierte Bild von den Zuständen an den städtischen Schulen.

Dieses Bild hat den Eindruck erweckt, als ob diese Situation an allen Schulhäusern und Kindergärten zutreffen würde. Das ist keineswegs so. Die Zustände in unseren Schulen sind generell gut; aber wir haben immer wieder Einzelfälle, die uns im Stadtschulrat und in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat stark beschäftigen. Diese treten fatalerweise gehäuft an einem Ort auf. Meine damalige Aussage an der Budgetdebatte erinnerte an den Fall, wo wir eine ganze Kindergartenklasse neu aufteilen mussten, weil es wirklich keine andere Lösung mehr gab. Die Situation hat sich mittlerweile beruhigt und in den anderen Kindergärten hat es zu keinerlei missliebigen Umtrieben geführt.

Erlauben Sie mir aber auch als zweites Beispiel meinen kürzlichen Schulbesuch einer Primarschulklasse im oft zitierten Steingut-Schulhaus anzufügen, das als besonders belastetes Schulhaus gilt. Meine Freude war riesengross, als ich mich dort in einer völlig normalen Schulklasse mit Kindern, die sich völlig normal verhielten, aufhalten durfte.

Dies zeigt Ihnen auf, wie stark der Bedarf wechseln kann, und ich mache Ihnen beliebt, anstelle von "flächendeckend" den Begriff "bedarfsgerecht" im Motionstext aufzunehmen. "

Walter Hotz (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

"Wie sagte doch zu Recht der SPK Präsident am 5. Juli 2005 in seinem Votum zur Vorlage des Stadtrates im Zusammenhang der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen: *Die in der Vorlage vorgesehenen 170 Stellenprozente sind ein Kompromiss zwischen Wünschbarem und finanziell zurzeit Machbarem.*

Die Schulsozialarbeit wurde am 1. März 2006 auf Realstufe in der Stadt Schaffhausen eingeführt, also genau vor zwei Jahren. Meine Fraktion hat seinerzeit den Sinn der Schulsozialarbeit erkannt und auch unterstützt. Wie seinerzeit viele der SPK-Mitglieder waren auch wir der Meinung, dass die 170 Stellenprozente finanziell für die Stadt Schaffhausen tragbar sind. Denn halten wir uns vor Augen, ein Arbeitsplatz mit 100 Stellenprozent für die Schulsozialarbeit kostet den Steuerzahler mit allen Nebenkosten rund Fr. 125'000.--.

Wir haben aber Mühe, uns damit abzufinden, dass bereits nach zwei Jahren eine Motion daher kommt, die verlangt, dass die Schulsozialarbeit *flächendeckend* eingeführt werden soll, und zwar ohne grundlegende Erkenntnis eines Bedarfs. Es ist nach meinem Dafürhalten eine Zumutung für uns verantwortliche Parlamentarier aufgrund eines Berichtes von dreieinhalb Seiten, versehen mit ein paar farbenfrohen Statistiken, entscheiden zu müssen, ob überhaupt ein weiterer Bedarf von zusätzlichen Stellen notwendig sei; übrigens ein Bericht, der von den bisherigen Stelleninhabern selbst verfasst wurde.

Es zeigt sich einmal mehr, dass sich die Verwaltung selbst überwacht und verwaltet. Wäre in so einem Bericht nicht auch die Meinung der Verantwortlichen der Schulbehörde gefordert? Sollten in einem solchen Bericht nicht auch Lehrende zu Wort kommen? Sollten in diesem Bericht nicht auch kritische Geister miteinbezogen werden? Heute lautet die Frage bei werdenden Müttern: Hast du schon einen Krippenplatz? Früher fragte man eine Schwangere, ob sie sich auf das Baby freue.

Heute glaubt man mit Stellenaufstockung Probleme lösen zu können. Die Eltern werden nicht mehr zur Verantwortung miteinbezogen. Die Mehrheit meiner Fraktion

hat Mühe sich damit abzufinden, und beim besten Willen können wir nicht erkennen, ob ein zusätzlicher Bedarf an Stellenprozenten notwendig sei.

Wo eine Schwierigkeit auftaucht, ist jemand schuld. Wo ein Problem auftaucht, wird zunächst nach jemandem gerufen, der es lösen soll, noch bevor man sich selber darüber Gedanken macht, was man selber zur Lösung beitragen könnte. Dieser Jemand ist einmal mehr der Staat oder in diesem Fall die städtische Verwaltung. Bei jedem schulischen Problem wird eine Vorschrift, ein Eingriff oder nach mehr Schulsozialarbeitenden gerufen, ultimativ meist, und es wird anklagend verkündet, dass das Problem spielend gelöst werden könnte, wenn man nur mehr Stellen schafft; es müssten halt einfach alle wollen.

Dabei hat sich die staatliche, beziehungsweise die städtische Machbarkeit längst als Illusion erwiesen. Wenn wir nur noch auf die städtische Verwaltung setzen, verlieren wir den Sinn für Selbstverantwortung, an Widerstandskraft und Überlebenskraft. Die städtische Verwaltung wird - umgekehrt - überfordert. Die Kosten werden ins Unermessliche ansteigen, und wir werden diesen Verlauf nicht mehr steuern, beziehungsweise beeinflussen können. Dies befürchten wir bei einer Überweisung der Motion.

Wir verschliessen die Augen vor den Problemen nicht. Deshalb möchten wir der Motionärin einen Vorschlag unterbreiten, wie die Schulsozialarbeit an den Schulen möglichst effizient und am kostengünstigsten für alle Gemeinden im ganzen Kanton Schaffhausen gewährleistet wäre. Wir schlagen Ihnen vor, Ihre Motion in ein Postulat umzuwandeln. Gleichzeitig erlaube ich mir, sehr geehrte Frau Motionärin, Ihnen den Wortlaut des Postulats wie folgt zu unterbreiten:

Der Stadtrat wird gebeten mit den zuständigen Stellen beim Kanton Verhandlungen aufzunehmen, um ein Konzept für eine Trägerschaft oder für eine Fachstelle mit Schulsozialarbeitenden für alle Gemeinden im Kanton Schaffhausen zu erarbeiten.

Die Gemeinden hätten dann die Möglichkeit jeweils bei Bedarf einen Schulsozialarbeitenden von dieser Fachstelle gegen Bezahlung abzurufen. Denn wenn Schulsozialarbeiter für mehrere Gemeinden und Schulhäuser zuständig sind, so ist das operativ und von der Kostenseite her nur von Vorteil. Sollten Sie, Frau Motionärin, jedoch an Ihrer Motion festhalten, werden wir mehrheitlich nicht zustimmen. Es spielt für uns keine Rolle, ob die Formulierung "flächendeckend" oder "bedarfsgerecht" lautet. „

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

"Ich möchte kurz Stellung nehmen zu einem Verfahren, das zurzeit am Laufen ist. Diese Motion ist vom 30.10.07, wir stehen heute rund 5 Monate nach diesem Datum. In der Zwischenzeit hat eine lange Budgetdebatte stattgefunden - nachzulesen im Protokoll - wo ein Auftrag des Parlaments an den Stadtrat zur Vorbereitung einer Vorlage formuliert wurde. Die Hochschule für Sozialarbeit St. Gallen wird uns einen Vorschlag mit den von uns festgelegten Vorgaben präsentieren.

Ich erinnere Sie daran, dass wir heute nicht darüber zu diskutieren haben, was wir einführen müssen, sondern uns zurzeit in einem laufenden Verfahren aufgrund eines vom GrSR erteilten Auftrages befinden. Wahrscheinlich könnten wir sogar die heutige Debatte abkürzen, weil wir voraussichtlich Ende Sommerferien alle gescheiter sind und die Schaffhauser Verhältnisse kennen werden. "

Christa Flückiger (SP)

Votum

„Ich bin mit dem Vorschlag „bedarfsgerecht“ einverstanden und erlasse Ihnen somit meine Notizen zu den verschiedenen Voten; allerdings möchte ich noch das mir wichtig erscheinende Wort *niederschwellig* hinzufügen.“

SR Thomas Feurer bestätigt, dass für ihn „bedarfsgerecht“ auch „niederschwellig“ bedeute.

Oliver Mank (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

„Haben Sie schon einmal von einer sozialen Institution gehört, die aus Sicht ihrer Mitarbeiter kein Bedürfnis darstellt? Wohl kaum – denn damit würden diese ja arbeitslos.“

Liebe Christa Flückiger, erzählen Sie bitte nicht die Schulsozialarbeit sei unbestritten. Sie ist sehr umstritten und wird von einem Grossteil der SVP/JSVP/EDU-Fraktion, die ich hier vertrete, in der von Ihnen geforderten Form klar abgelehnt.

Wie unser soziales System funktioniert, durfte ich wieder einmal vor knapp vier Monaten erleben, als für einige Klettgauer Gemeinden eine Logopädin ihre Arbeit begann. Sie hat im Auftrag der Schulbehörde alle ihr zugeteilten Klassen untersucht und dann auch gleich jeweils bei der halben Klasse Sprachstörungen festgestellt, die von ihr behandelt werden müssen. Den Eltern hat sie dies mittels Serienbrief mitgeteilt. Ich bekam dann während drei Wochen Dutzende von Anrufen besorgter Eltern, die aus allen Wolken gefallen sind, denn dummerweise war auf ihrem Brief meine Telefonnummer vermerkt. Aber natürlich wollen Eltern für ihre Kinder nur das Beste. Die Dame aus unserem nördlichen Nachbarland hat sich zumindest in kürzester Zeit Arbeit bis zu ihrer Pensionierung geschaffen.

Ein Teil der Aufgabe der Schulsozialarbeit soll angeblich sein, die grosse Zahl sozialer Institutionen, die sich um verhaltensauffällige Jugendliche kümmern, zu koordinieren; eine Aufgabe, die früher die Lehrer wahrgenommen haben. Beispiel: Wenn ein Jugendlicher in Sachen Drogen verhaltensauffällig wurde, hat der Lehrer dafür gesorgt, dass die Drogenberatung mit seinem Schüler einen Termin vereinbart. Heute gibt er diesen Fall an die SchulsozialarbeiterIn weiter, diese zelebriert den Fall in einem meist belanglosen längeren Erstgespräch und reicht ihn dann - wie früher auch der Lehrer - an die Fachleute der Drogenberatung weiter.

Als Koordinator entlastet die Schulsozialarbeit die Lehrer. Aber weshalb soll das notwendig sein? Die Sonntagszeitung hat das Problem am vergangenen Wochenende sehr schön dargestellt unter dem Titel „Lehrer ohne Berufung“:

Für alle, die diesen Artikel nicht gelesen haben: Es geht in der Hauptsache darum, dass viele junge LehrerInnen eigentlich für ihren Beruf ungeeignet seien. Ihre Motivation, LehrerIn zu werden, wäre ein kurzes einfaches Studium, viel Freiraum und kurze Distanzen zu den Ausbildungsstätten. Geringe Allgemeinbildung, unrealistische Vorstellungen und neurotische Persönlichkeiten seien Probleme, die bei Lehrpersonen immer häufiger zu beobachten sind. LehrerInnen, die lustlos in den Beruf einsteigen und lustlos bleiben, neigen auch stärker zu einem Burnout.

Unsere Stadtschulräte erwähnen des Öfteren, dass die Bewertung der Lehrer einen Grossteil ihrer Arbeit ausmache. Ich habe aber langsam den Verdacht, dass es mehr darum geht Lohnerhöhungen zu verteilen als Lehrer ohne Berufung zu eruieren und

mit ihnen Lösungen bezüglich einer beruflichen Neuorientierung zu finden. Vielleicht könnte der Stadtschulrat auch einen Beitrag zur Problemlösung leisten, wenn er diesbezüglich richtige Prioritäten setzen würde.

Wenn dann die Schulsozialarbeit mal nicht koordinierend, sondern falllösend eingreift, kann das so ablaufen, wie mir aus einer Realklasse geschildert wurde. Dort steht eine Gruppe junger Balkanmädchen seit einiger Zeit im Zickenkrieg, ein schönes Beschäftigungsfeld für die dortige Schulsozialarbeit. Man kann viele Stunden Arbeit generieren. Das Problem hat man zwar bis heute nicht gelöst, weil man nicht bereit ist, Autorität zu zeigen und Grenzen zu setzen. Aber man rechtfertigt zumindest vordergründig seine Notwendigkeit.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sind uns einig, dass die Mehrheit der Probleme von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verursacht werden. In anderen Kantonen riskieren schwierige Jugendliche und unkooperative Eltern die Ausweisung. In Schaffhausen belohnt sie unser Stadtrat, dem Datenschutz sei Dank, am Schluss noch mit der erleichterten Einbürgerung und dem Schweizer Pass.

Schlussfolgerung:

Ich denke, ich habe Ihnen nun in einigen Ansätzen gezeigt, was die ursächlichen Probleme sind, wie wir diese angehen und uns damit Millionen Ausgaben für Schulsozialarbeit sparen können. Wenn ich konstruktiv mitdenke, wie dies von den Jungsozialisten immer gefordert wird, darf ich sagen „Schulsozialarbeit flächendeckend“ ist für mich und die Mehrheit der **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** so ziemlich der untauglichste Versuch unsere Schwierigkeiten an den Schulen in den Griff zu bekommen. “

Gertrud Distel (CVP)

Votum

„Wir bestreiten nicht, dass es in der Primar -, Real - und Sekundarschule Bedarf von Schulsozialarbeiter/innen gibt. Leider! Die ganze Verantwortung kann aber nicht an Institutionen wie die Schule oder eben an SchulsozialarbeiterInnen abgegeben werden. Die Kindererziehung ist Sache der Eltern - und nicht der Lehrer, Oliver Mank - und diese sollten vermehrt in die Verantwortung genommen werden.“

Man sollte meinen, dass es mindestens im Kindergarten noch möglich sein sollte, dass die Eltern ihrer Erziehungsverantwortung noch nachkommen können. Leider scheint das nicht überall zu klappen.

Die Frage ist, ob man die Schulsozialarbeit nicht nach Bedarf einsetzen kann – die Probleme sind ja auch nicht an allen Schulhäusern gleich und die Problemfälle können sich von Quartier zu Quartier verlagern.

Was heisst denn flächendeckend? Es macht wohl Sinn, wenn die Lehrpersonen je nach Bedarf einen/eine Schulsozialarbeiter/in anfordern können. Die CVP will die Motion nicht annehmen, aber auch nicht ablehnen; wir wollen die Vorlage des Stadtrates abwarten. “

Peter Möller (SP)

Votum

„Im Zusammenhang mit der Motion mit der nicht mehr flächendeckenden, sondern bedarfsgerechten Einführung der Schulsozialarbeit möchte ich Sie ein wenig in meinen Fachbereich einführen. Ich werde mich kurz halten. Es ist klar, dass ich nur

mit einem gewissen Segment von Jugendlichen und Kindern zu tun habe, nämlich mit denjenigen, die straffällig werden.

Jugendliche Delinquenten können grob gesagt in zwei Gruppen unterteilt werden: Eine grosse Gruppe, die in ihrer frühen Entwicklung nicht auffällig war und die erst in ihrer Adoleszenz entsprechende Tendenzen aufzeigt. Bei dieser Gruppe verschwindet das delinquente Verhalten meistens wieder und weitere Massnahmen oder grössere Eingriffe sind nicht notwendig. Eine weitaus kleinere Gruppe zeigt bereits sehr jung Auffälligkeiten mit dissozialen sowie massiven aggressiven Verhaltensweisen.

Sofern hier nicht früh eingeschritten wird, verfestigt sich das Verhalten und ist, wenn es sich über ein bis zwei Jahrzehnte eingeübt hat, kaum mehr beeinflussbar. Das Risiko, dass diese Jugendlichen auch als Erwachsene weiter delinquirieren, ist deutlich erhöht. Es ist daher äusserst wichtig, dass Störungen möglichst frühzeitig erkannt und auch möglichst frühzeitig angegangen werden.

Diese Aufgabe kann angesichts der übrigen Verpflichtungen nicht alleine den Lehrpersonen aufgebürdet werden. Hier wäre ein weiterer idealer Einsatzbereich für die Schulsozialarbeit, welche zusammen mit den Eltern und den übrigen Fachstellen den Kindern helfen und damit bereits früh die Weichen in die richtige Richtung stellen könnten. Dies würde - über das Ganze gesehen - helfen Kosten zu sparen; wenn erst später eingegriffen wird, müssen in der Regel einschneidende und damit teure Massnahmen angeordnet werden, welche zudem wie bereits erwähnt geringere Erfolgsaussichten haben. Christa Flückiger hat bereits erwähnt, dass Tagesansätze für Unterbringungen sehr hoch und in den letzten Jahren - nachdem sich der Bund aus der Finanzierung und Unterstützung zurückgezogen hat - massiv gestiegen sind. Tagessätze von Fr. 400.-- bis Fr. 600.-- sind keine Seltenheit. Das hat jährliche Kosten von Fr. 150'000.-- bis Fr.- 220'000.-- für eine Fremdplatzierung zur Folge.

Mit anderen Worten: Wenn durch einen geeigneten und bedarfsgerechten Einsatz einer Schulsozialarbeiterin/eines Schulsozialarbeiters eine Platzierung verhindert werden kann, hat sich die Schulsozialarbeit bereits genügend bezahlt gemacht, denn deren Lohnkosten sind bei Weitem eingeholt.

Ausserdem kann ich Ihnen aufgrund meiner täglichen Arbeit mitteilen, dass es sich keineswegs nur um Realschülerinnen und Realschüler handelt; meine Klientinnen und Klienten rekrutieren sich auch aus anderen Bildungsinstituten und Schulstufen; es wäre auch dort wichtig, wenn diese Jugendliche und Kinder die Anlaufstätte einer Schulsozialarbeit hätten.

Mit den hehren Worten von Gädi Distel und Walter Hotz bezüglich Einbezug und Selbstverantwortung der Eltern bin ich eigentlich einverstanden; nur gehen sie leider an der Realität vorbei, das muss ich Ihnen auch sagen. Denn genau dort, wo Probleme bestehen, zeigen sich die Personen im Familienkreis vielfach als uneinsichtig. Zudem trägt die ganze Gesellschaft die Folgen des Fehlverhaltens der Kinder und Jugendlichen, und deshalb müssen wir etwas dagegen unternehmen.

Ich bitte Sie darum, die Motion in der abgeänderten Form zu überweisen. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

"Eine Minderheit unserer Fraktion lehnt die Schulsozialarbeit nicht a priori ab, was

sich seinerzeit auch bei der Einführung der Schulsozialarbeit auf Stufe Realschule gezeigt hat. Wir anerkennen die Leistungen der Schulsozialarbeit.

Indessen sind wir der Meinung, dass mit der vorliegenden Motion die Gefahr besteht, über das Ziel hinauszuschiessen. Es besteht im Bereich Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche derzeit ein kaum mehr überschaubares Angebot. Stadt, Kanton sowie private Institutionen engagieren sich in diesem Sektor.

Auf kantonaler Ebene bieten unter anderem der Schulpsychologische Dienst, die Erziehungsberatungsstelle, der Sozialdienst, die Fachstelle Sonderpädagogik, der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst sowie die Sozialarbeiter der Jugendanwaltschaft Hilfe bei entsprechenden Problemfällen. In der Stadt gibt es zum Beispiel neben der bestehenden Schulsozialarbeit auch eine Jugendberatung, die mit Psychologen Eltern und Jugendliche bei Erziehungsproblemen hilft und sie unterstützt.

Zudem haben wir auch im vergangenen Jahr mit dem begleiteten Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene eine zusätzliche städtische Institution geschaffen, die jungen Leute in Krisensituationen Hilfe bietet. Neu sind auch mit der Vorlage des Stadtrates betreffend Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen neben bestehender Schulsozialarbeit, Jugendberatung, Quartierarbeit und Jugendcafé Stellenprozent für die Interventionsgruppe als aufsuchende Jugendarbeit für Brennpunkte vorgesehen.

Weiter ist zu berücksichtigen, dass mit dem neuen Schulgesetz die integrative Schulform kommen wird. Inskünftig wird nicht mehr separiert, sondern mit Hilfe von zusätzlichen spezifisch geschulten Fachkräften werden sogenannte "Problemkinder" (ich will dies nicht negativ verstanden wissen) in Regelklassen integriert. Unter anderem erhofft man sich dadurch auch, dass durch die Integration dieser Kinder gewisse Probleme, die dann später eine Intervention von Schulsozialarbeitern erfordern würden, gar nicht mehr entstehen, respektive dass die Ursachen von Problemen frühzeitig erkannt und die Kinder entsprechend begleitet werden können.

Aufgrund der anstehenden Entwicklungen im Schulbereich, im Sektor Quartier- und Jugendarbeit sowie der gemäss SR Thomas Feurer im Bereich Schulsozialarbeit laufenden Evaluationsarbeiten ist die Minderheit unserer Fraktion der Meinung, dass es gilt, die Auswirkungen dieser Projekte abzuwarten, Erfahrungen zu sammeln und dann aufgrund einer gründlichen Gesamtwürdigung die weiteren Schritte zu planen. Ein jetziges Handeln erachten wir als voreilig, und es birgt die Gefahr, dass die gleichen Probleme doppelt oder dreifach behandelt werden. Davon wird aber der Patient auch nicht gesünder.

Wir sind für Marschhalt und lehnen deshalb die Motion ab. Im Übrigen rennt die Motion ja offene Türen ein, wie uns SR Thomas Feurer dargelegt hat. Es fragt sich daher, ob die Motionärin ihre Motion nicht in eine Interpellation umwandeln möchte. "

Iren Eichenberger (OeBS)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

"Ob mit dieser Motion offene Türen eingerannt werden, davon bin ich nicht so überzeugt; wir hatten schon oft offene Türen, die dann jäh wieder zugeschlagen wurden. Ich bin trotzdem sehr froh um das konstruktive Votum von Cornelia Stamm Hurter. Oliver Mank hingegen betrachte ich als Opfer eines irrtümlichen

Telefonterror und würde sagen, er ist sozusagen ausser Gefecht.

Eigentlich hätte ich Ihnen zu Anfang dieser Stellungnahme gerne einen klugen Satz zur Schulsozialarbeit und warum es sie braucht, gesagt. Aber er wollte mir partout nicht einfallen, darum rief ich bei der Schulsozialarbeit an und bat per Combox um den soeben erschienenen internen Bericht. Am nächsten Morgen fand ich diesen prompt in meiner Mailbox und bald darauf meldete sich der Schulsozialarbeiter telefonisch. Meine Frage nach klugen Begründungen war längst nicht vom Tisch, aber der knapp viereinhalb Seiten lange Bericht präsentiert eine Fülle von Fakten und Grafiken, die jede Rede überflüssig machen.

Diese Erfahrung hat mir gezeigt: Schulsozialarbeit ist rasch, präsent und klar einsatzorientiert; im Pfadi-Jargon würde man dies mit "allzeit bereit" beschreiben; sie ist gleichzeitig auch selektiv und kennt ihre eigenen Grenzen. Anders wäre die beeindruckende Anzahl von Schüler-, Lehrer- und Elterngespräche in nur 12 Monaten nie zustande gekommen. Übrigens halten sich die Anfragen von ausländischen und Schweizer Jugendlichen in etwa oder fast die Waage. Auffallend sei die Zurückhaltung der Eltern, steht im Bericht. Hier sehen die SchulsozialarbeiterInnen ein Handlungsfeld, das zu bearbeiten wäre, und zwar im Sinne wie von SR Thomas Feurer erläutert. Im Quartier Birch - um ein Beispiel zu nennen - hat sich der Einsatz von Fachleuten bestens bewährt. Von Basisseite wurde der Ruf nach Kinderbetreuung laut und die zuständige Projektleiterin zeigte den Leuten auf, wie sie mit entsprechender Anleitung diesen Bedarf selbst erfüllen können.

Zusammen mit den Lehrpersonen haben die Fachleute vier Projekte erstellt und umgesetzt und zudem rund 70 Gruppenarbeiten im Quartier durchgeführt. Sie leisten Triage zu Fachstellen und gewinnen durch ihre Mitarbeit auch die nötige Vernetzung und damit auch Kompetenz zur Zuordnung.

Braucht es überhaupt Schulsozialarbeit "flächendeckend"? Ja, es braucht sie, denn sie beobachtet und interveniert früh. Früher - daran erinnern Sie sich alle - waren dumme Kinder dumm, freche Kinder frech und desintegrierte Schüler selbst Schuld. So war es, und so blieb es auch. In den 80er- und 90er Jahren waren die Frechen im besten Fall verhaltensoriginell und für ihre Lehrpersonen eine permanente Herausforderung; manche Lehrerin und mancher Lehrer ging früher in Pension. Jugendliche sind aber weder dumm, noch Aussenseiter und schon gar nicht aus purer Bosheit frech.

Heute spricht man sie an, versucht ihre Situation zu erkennen und vorhandene Blockaden zusammen mit ihnen und ihren Eltern zu beseitigen; hier sind Eltern sowohl als auch Schüler selbst sehr gefordert. Gerade in Übergangssituationen spielen Störungen aller Art eine besondere Rolle, von der Vorschule (Kindergarten) in die Schule, mit Beginn der Pubertät, vom Primar- zum Sekundar- oder Realschüler und später von dort ins Berufsleben. Ängste, Klippen und familiäre Probleme machen vor keinem Alter und keiner kulturellen Gruppe Halt. Unterschiedlich ist höchstens die Art, wie Jugendliche ihre Probleme ausdrücken. Fachpersonen können diese frühzeitig erkennen und intervenieren. Flächendeckende Schulsozialarbeit ist damit Prävention. Sie lohnt sich, weil sie Weichen stellt, und zwar bevor es zu spät ist und wachsende Probleme rechtzeitig verhindert werden können. Wie viele Stellenprozente nötig sind, ist zu berechnen; wichtig ist uns, und dabei hat sich unsere Fraktion überhaupt nicht mit SR Thomas Feurer abgesprochen, Schulsozialarbeit flächendeckend, stufenübergreifend und vor allem bedarfsbezogen

anzubieten.

Die **OeBS/EVP-Fraktion** unterstützt die Motion und hilft damit Chancengleichheit tatsächlich zu realisieren. “

Kurt Zubler (SP)

Votum

”Ich habe mich damals anlässlich der Budgetdebatte heftig für die Schulsozialarbeit engagiert; Walter Hotz hat eigentlich die Budgetdebatte heute fortgesetzt - wie von SR Thomas Feurer richtig erkannt - weil er auf dem alten Stand der Dinge debattierte. Wir sind damals mit dem Vorwurf, eine Hauruckübung ohne sorgfältige Abklärung des Bedarfs durchführen zu wollen, unterlegen. Ich erinnere gerne auch an das Votum von Dr. Cornelia Stamm Hurter, sie sei sehr wohl für Schulsozialarbeit, aber gegen diese Hauruckübung und wünsche eine weiterführende Abklärung des Bedarfs, welche zu einer sauberen Vorlage führe und Grundlage für eine Debatte im Rat sei.

Nun ist es ja so, dass der SR diesen Auftrag entgegen genommen hat, die Motion fordert diesen Auftrag und Bericht und Antrag zu diesem Thema für eine bedarfsgerechte neue Schulsozialarbeit, und der SR ist bereit, diese Motion zu übernehmen.

Bitte erinnern Sie sich an Ihre Voten und überweisen Sie heute die Motion, damit der SR diesen Auftrag *nochmals* erhält. Wenn Sie die Motion nicht überweisen, ist es nachher für den SR schwieriger. Die Argumentation von Dr. Cornelia Stamm Hurter ist heute Abend ganz anders ausgefallen, sie hat *Marschhalt* gewünscht und darum gebeten, alle Angebote zu einem Ganzen zusammenzufügen, weil es eigentlich zu viele gibt.

Bitte unterstützen Sie den stadträtlichen Auftrag und sehen Sie die Entgegennahme so, wie sie wirklich ist, und überweisen Sie heute die Motion. “

Urs Fürer (SP)

Votum

”Eigentlich wollte ich nichts zum Thema sagen. Aber als Vater von drei Kindern kenne ich die Situation sehr gut und betrachte es als meine Aufgabe, mich mit der Erziehung und meinen Kindern sehr pflichtbewusst auseinanderzusetzen.

Angefangen mit dem Votum von SR Thomas Feurer, aber auch in sämtlichen Wortmeldungen der rechten Ratshälfte wurden immer wieder die Verantwortung und die Versäumnisse der Eltern erwähnt. Ich kann es nicht mehr hören; es liegt nicht nur in der Macht der Eltern, die Kinder zu erziehen, aber sie sind ein wichtiger Faktor; ich kann Ihnen sagen, dass ich meine Erziehungspflichten wirklich wahrnehme. Trotzdem ist es nicht überall einfach, Einfluss auf die Kinder zu nehmen. Die Lehrer sind nämlich genauso überfordert wie die Eltern. Genau da braucht es von aussen eine Institution, die weder mit der Schule, noch mit dem Elternhaus verflochten ist, sondern von aussen an die Problematik herangehen und diese mit den Kindern aufgreifen kann, um zu verhindern, was uns Peter Möller in seinen Ausführungen geschildert hat.

Ich bitte Sie, diese Motion zu unterstützen. “

Werner Schöni (SVP)**Votum**

„Ich spreche primär für mich und aus meiner Sicht darf man sich diesem Anliegen nicht ganz verwehren. Sie haben vielleicht davon gehört, dass der Erziehungsrat des Kantons Schaffhausen ein Projekt in Arbeit hat, wo die Belastung und die Belastbarkeit an der Volksschule thematisiert werden. Dabei wurden wir auch mit Fragen konfrontiert, wie beispielsweise Non-Kooperation bei Erziehungsfragen zwischen Eltern und Lehrpersonen (offene Verweigerung der Erziehungsberechtigten), soziokulturelle Situationen (Umgang mit elektronischen Medien), transkulturelle Entwicklungen oder ganz einfach Verwahrlosung.

Das Erziehungsdepartement (ED) hat vom Erziehungsrat den Auftrag Lösungsansätze zu erarbeiten, um auf pragmatische Art und Weise zweckdienliche Entscheide auslösen zu können. Wir haben hier in der Stadt mit den zwei 80%-Stellen bereits eine Art Pflasterlipolitik und viele andere Sozialdienste und -helfer sind im gleichen Feld tätig – Dr. Cornelia Stamm Hurter hat einen Grossteil bereits aufgezählt. Auch Neuhausen hat eine breite Erfahrung mit Schulsozialarbeit.

Ich teile die Ansicht, dass es sich nicht nur um ein Problem der Stadt handelt, sondern auch des Kantons. Man müsste daher eine kantonale Lösung anstreben, damit verschiedene Kräfte aus einem Pool eingesetzt und der Schnittstellenproblematik zwischen den einzelnen im Sozialbereich engagierten Stellen Rechnung getragen werden könnte.

In diesem Sinn möchte ich die Antragsstellerin bitten, dass Sie den Vorschlag der FDP nicht ganz unberücksichtigt lässt, und SR Thomas Feurer bitte ich, dass wir in der Stadt nicht einfach im Alleingang gehen, beim ED rennen Sie auf jeden Fall offene Türen ein.“

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

„Ich möchte zur formellen Frage der Erheblichkeitserklärung einer Motion kurz Stellung nehmen, welche ein Sachgeschäft betrifft, wo erklärermassen der SR an der Ausarbeitung einer Vorlage arbeitet und die linke Seite uns bereits zwei oder dreimal vorgeworfen hat, man würde damit offene Türen einrennen.

Die ganze Diskussion zeigt, dass dem der Fall ist, und zudem hat Werner Schöni erneut sehr schön - wie vorher bereits Dr. Cornelia Stamm Hurter - die ganze Palette der Angebote, die zur Verfügung stehen, dargelegt.

Man ist tatsächlich am Ball und auf verschiedensten Ebenen an der Arbeit. Das Problem ist erkannt, wenn auch nicht so dramatisch wie von Christa Flückiger dargestellt; es wäre schrecklich, wenn dem nur teilweise so wäre. SR Thomas Feurer hat nächstens eine Vorlage versprochen. Wir sind alle sensibilisiert und eine Umwandlung in eine Interpellation wäre jetzt das richtige.“

Peter Neukomm (SP)**Votum**

„Es kommt immer darauf an, von welcher Seite der Vorstoss eingereicht wird. Wir erinnern uns gut an den Vorstoss von Dr. Raphaël Rohner *Totalrevision der Stadtverfassung*, wo gemäss Stadtrat offene Türen ingerannt würden. Damals wollte der Motionär seinen Vorstoss auch nicht in eine Interpellation umwandeln. Sie sehen, der Blickwinkel und die politische Seite scheinen wichtig zu sein; ich persönlich finde dies schade.

Bezüglich der an die Adresse der Eltern gerichteten Appelle möchte ich Folgendes bemerken: Peter Möller hat schon einiges darüber berichtet; wir sind beide in einer Branche tätig, welche die Versäumnisse der Politik zu spüren bekommt.

Schauen Sie doch einmal über den Gartenhag hinaus. Glücklicherweise haben wir noch relativ schöne Verhältnisse in der Stadt Schaffhausen, obwohl gewisse Probleme vorhanden sind. Aber schauen Sie einmal auf Neuhausen, dort wurde unter Leitung der *FDP* die Schulsozialarbeit eingeführt. Sie wurde bestimmt nicht ausgebaut, weil die Schulsozialarbeiter sich beschäftigen müssen, sondern weil man sehr positive Erfahrungen gemacht hat, wie auch in verschiedenen anderen Städten der Schweiz.

Verschliessen Sie bitte die Augen nicht vor der Realität. Nicht nur Fachleute, sondern auch Lehrer werden miteinbezogen. In diesem Punkt unterstütze ich Walter Hotz und hoffe, dass er einmal mit Lehrenden spricht, welche persönliche Erfahrungen sie mit Schulsozialarbeit machen durften. Es ermöglicht den Lehrern, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren.

Die von Dr. Cornelia Stamm Hurter erwähnten Stellen kommen erst zum Zug, wenn es bereits brennt, und ich möchte diese auf keinen Fall gegen die Schulsozialarbeit ausspielen, da sie wirklich sehr unterschiedliche Aufgaben und Funktionen haben.

Ich möchte auf das Votum von Oliver Mank nicht weiter eingehen; ich bin erschüttert über das in SVP-Kreisen herrschende Lehrerbild. Ich bin froh, dass der SR die Bereitschaft zeigt, die gemachten positiven Erfahrungen aufzunehmen. Christa Flückiger hat Ihnen aufgezeigt, dass das Anliegen einer flächendeckenden Einführung klar darauf hinausgeht, keine Zweiklassengesellschaft in unserer Stadt mit Schulhäusern *mit* und Schulhäuser *ohne* Zugang zu Schulsozialarbeit aufzubauen.

Wichtig ist uns vor allem, dass alle Schulhäuser und Lehrpersonen bei Bedarf Unterstützung abholen können. Alles andere ist Interpretation, die keinen Sinn macht.

Die Überweisung der Motion bekundet den Willen des Parlaments, das dem SR den Rücken stärkt, wie damals bei Dr. Raphaël Rohner, als es um die Totalrevision der Stadtverfassung ging. “

SR Urs Hunziker

Votum

”Ich spreche nicht mehr zum Thema Schulsozialarbeit, die Meinungen sind bereits gemacht, sondern zum Votum von Oliver Mank. Zum Glück sind es nicht seine eigenen Worte, die er über den Lehrerstand verloren hat, sonst müsste ich ernsthaft wütend auf ihn sein. Er hat einen geduldig auf Papier gedruckten Text zitiert, einen Text, der abschätziger nicht sein könnte und der ein absolut verzerrtes Lehrerbild aufzeigt.

Ich sehe mich daher gezwungen und herausgefordert, mich in aller Form hinter unsere Lehrer zu stellen, unsere Lehrer, die grossmehrheitlich absolut engagierte Arbeit leisten und sich geduldig für die Sorgen und Nöte ihrer Schülerinnen und Schüler einsetzen und sich interessieren, was diese bewegt.

Auf sie alle wirkt ein pauschaler Rundumschlag beleidigend und verletzend; er entbehrt jeglichen weiteren Kommentars. Es ist auch nicht so, dass die Lehrer beim ersten besten Vorfall die Schulsozialarbeiter rufen, sondern in aller Regel - das würde Katrin Hauser bestätigen können - ist es ein Zusammenspiel zwischen Lehrperson, Schulvorsteher, Schulsozialarbeiter und in sehr vielen Fällen ist auch ein Mitglied des Schulrates involviert. Auf der andern Seite stehen dann natürlich Eltern und Schüler, um deren Probleme es geht. Diese Netzwerke brauchen wir, wenn wir zielgerichtete und -orientierte Lösungen finden wollen. Ich empfehle Oliver Mank - sofern es ihm überhaupt daran gelegen ist - an das Wahlpotenzial der Lehrer zu denken; es sind immerhin 600 Lehrpersonen, die wir in der Stadt Schaffhausen beschäftigen. "

Alfred Zollinger (SVP)

Votum

"Die Willensbekundung haben wir in der Budgetdebatte 08 abgegeben und unsere Forderungen gestellt, die im Protokoll nachzulesen sind. Seit einer Stunde sprechen wir um des Kaisers Bart, wir benötigen die Motion nicht.

Wir müssen nur den Ausführungen von SR Thomas Feurer zuhören; ihm glaube ich es, und er hat den Auftrag anlässlich der Budget 08-Debatte entgegen genommen. Die Vorlage ist in Arbeit, sie wird nach den Sommerferien erwartet. Die Motion ist für die Statistik und kann unter dem Titel "Wahltag oder Zahltag" eingereiht werden - wie immer man sagen will.

Für mich ist das höchste der Gefühle eine Umwandlung in eine Interpellation, sonst werde ich sie ablehnen. Sparen Sie sich Ihre Voten für die SPK, die zur Vorberatung der Vorlage bestellt wird. Dort können Sie Ihre Einwände vorbringen. "

SR Thomas Feurer

Votum

"Ich habe folgendes Problem: Wenn Sie diese Motion ablehnen, heisst das für mich, dass keine bedarfsgerechte Schulsozialarbeit eingeführt werden soll und der Auftrag lautet, dies abzuklären. Gemäss Aussage von Alfred Zollinger bleibe der Auftrag trotzdem bestehen und der SR soll die Vorlage ins Parlament bringen, so sei dies auch im Protokoll nachzulesen; dann werde ich mich auch auf diese Aussage berufen, wenn andere Meinungen auftreten sollten.

Oliver Mank hat nicht nur eine Generalattacke gegen die Lehrer geritten - SR Urs Hunziker hat sich dazu bereits geäussert - sondern er hat auch einen Zusammenhang hergestellt zwischen Schulsozialarbeit, Lehrpersonen, beziehungsweise Jugendlichen, die nicht richtig funktionieren und deren Eltern am Schluss noch mit dem Schweizer Bürgerrecht belohnt werden.

Ich wundere mich, woher diese Ansicht stammt. Oliver Mank ist selbst Mitglied des Bürgerrates, sass schon mehrere Male neben mir während dieser Einbürgerungsgespräche, und wir hatten nie Differenzen. Im Bürgerrat hat es weitere Mitglieder von der SP, FDP und SVP. Es werden meist sehr nützliche Gespräche geführt, und es herrscht Einigkeit darüber, wo noch Verbesserungen möglich sind.

Jetzt wird der Eindruck geweckt, dass alles "lusch" abläuft und wohl der Sozialreferent - zusammen mit einer Sekretärin - nach Gutdünken diese Einbürgerungen vornimmt. Ich kann Ihnen sagen, so ist es nicht. Es wird in Schaffhausen niemand, der kriminell ist, niemand, der Sozialhilfe erhält und

desintegriert ist und niemand, der keine genügenden sprachlichen Kenntnisse hat, eingebürgert. Wir legen im Bürgerrat Wert auf Konsens und haben nie inhaltliche Differenzen. Wir legen Wert auf genügend Sprachkenntnisse, auf Kenntnisse des schweizerischen Staatswesens, dass Chancengleichheit in der gleichen Familie gemäss unserer Verfassung auch beachtet wird und dass die wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet ist. So sieht das Prozedere aus, das auch Oliver Mank kennt. Aber es tönt wahrscheinlich schöner, wenn es auf die von ihm dargestellte Art verbreitet wird. “

Christa Flückiger (SP)**Schlusswort**

”Ich habe viele Notizen während der verschiedenen Wortmeldungen gemacht, werde aber versuchen, mich möglichst kurz zu halten. Zuerst möchte ich der FDP sagen, dass ich nicht auf ein Postulat umschwenken und dem vorgeschlagenen Auftrag nicht zustimmen werde. Das ist für mich keine Schulsozialarbeit mehr, weil sie so nicht mehr niederschwellig ist, die Anlaufstellen und die Wartezeiten sind zu lang, es findet auch keine Beziehungsarbeit statt.

SR Thomas Feurer und SR Urs Hunziker danke ich für ihre wohlwollenden Voten. Es tut mir leid, dass ich viele mit meinem Votum schockiert habe. Die Schwierigkeiten, die bestehen, müssen hervorgehoben werden, damit die Wichtigkeit des Themas klar verständlich ist. Ich weiss, dass die Situation nicht überall mit der geschilderten übereinstimmt; es gibt auch vieles, das gut funktioniert.

Zu Walter Hotz möchte ich nur sagen, dass ich von schwangeren Frauen weiss, die sich über ihr Baby freuen, auch wenn sie bereits einen Krippenplatz haben. Nebenbei bemerkt möchte ich ergänzend hinzufügen, dass für diejenigen, die immer die Wirtschaft unterstützen und ankurbeln wollen, auch die Förderung von Krippenplätzen gehören sollte.

Zum Votum von Oliver Mank möchte ich nichts mehr beifügen. Zur Wortmeldung von Gädi Distel möchte ich ergänzen, dass die Schulsozialarbeit nur Hilfe anbieten kann, aber nicht in der Lage ist, alle Probleme aufzufangen und zu lösen. Ich bin ganz klar für Eigenverantwortung; aber wie wir von Urs Furer und auch von Peter Neukomm und Peter Möller gehört haben, funktioniert diese aus welchen Gründen auch immer oft eben nicht bestens. Das Kind ist das schwächste Glied in unserer Gesellschaft, und ich fühle mich – und wahrscheinlich viele Ratsmitglieder auch - dazu verpflichtet, einzuschreiten.

Kurt Zubler, Iren Eichenberger, Urs Furer und Peter Neukomm danke ich für die wohlwollende Unterstützung. Zum Votum von Dr. Cornelia Stamm Hurter mit der Liste der unterschiedlichen Institutionen und Hilfeangebote möchte ich ergänzend hinzufügen, dass die Wartezeiten meistens sehr lang sind und die Inanspruchnahme eines KJPD (Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst) oft unter massivem Zeitdruck passiert. Die Schulsozialarbeit kann direkt Einfluss nehmen und eine Vertrauensbasis aufbauen.

Ich bitte Sie, die neu formulierte Motion zu unterstützen. “

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit dem abgeänderten Wortlaut “Bedarfsgerechte Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhauen” mit 21 : 17 Stimmen

erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT

Zusammensetzung der SPK VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen -
Strukturreform Stadtschulrat:

SP/AL: Urs Tanner (Vorsitz), Urs Fürer, Stefan Marti, Hanna Meister,
Mariann Schwyn
FDP/jfsh: Nicole Herren, Walter Hotz, Nihat Tektas
SVP/JSVP/EDU: Werner Schöni, Erwin Sutter, Alfred Tappolet
OeBS/EVP: Dr. Paul Bösch, Rainer Schmidig

Die erste Sitzung findet am 22. April 2008, um 18.00 Uhr statt.

Änderung in SPK VdSR Schulraumplanung 2008 bis 2017:
Peter Neukomm (SP) ersetzt Mariann Schwyn (SP).

Während der Sitzung eingereichter Vorstoss:

Kleine Anfrage Nr. 8/2008 Dr. Raphaël Rohner (FDP): Bauland für gehobene
Ansprüche - ein seit mehr als 2 Jahren nicht erfüllter Auftrag.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 6. Mai 2008, um 17.00 Uhr statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 19:54 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 9. April 2008